Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1589 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 37. **Montag, 13. Februar 1922, abends.** **75. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 11.— Mark einschließlich Bringerlohn. Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 2.50 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 1 M. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Brot- und Mehlversorgung im Erntejahr 1921/22

betreffend.

Infolge des Druckes der Entente auf Abbau der Reichszuschüsse zur Verbilligung des Mehls und des Brotes und der eingetretenen außerordentlichen Verschlechterung der Valuta hat sich die Reichsregierung genötigt gesehen, eine Erhöhung der Verkaufspreise der Reichsgetreidestelle für Mehl und Getreide eintreten zu lassen.

Diese Erhöhung hat auch eine entsprechende Erhöhung der Mehl- und Brotpreise zur Folge.

Es sind deshalb unter Berücksichtigung dieser Erhöhung der Mehl- und Getreidepreise, sowie weiter der eingetretenen Erhöhung der Arbeitslöhne und der sonstigen Betriebsunkosten in den Bäckereien und Mühlen für den Bezirk des Kommunalverbandes Großenhain einschl. der rev. Städte Großenhain und Riesa folgende **Höchstpreise neu festgesetzt worden:**

A. für Mehl:

a) **im Großhandel**
für Weizenmehl 709.35 M. } für 1 dz brutto im
„ Roggenmehl 655.35 „ } Leihsack frei Haus,

b) **im Kleinhandel**
für Weizenmehl 8.20 M. für 1 kg,
„ Roggenmehl 7.50 „ „ 1 kg.

B. für Brot:
für Roggenbrot 6.— M. für 1 kg,
11.50 „ „ 1900 gr,
für Weizenbrot 7.70 „ „ 1 kg,
8.20 „ „ 420 gr.

Diese Preise treten vom 16. Februar 1922 ab in Wirksamkeit.

Erneut wird hierbei darauf hingewiesen, daß eine **Verwendung von Streckungsmitteln** bei der **Herstellung von Roggen- und Weizenbrot,** das der Verbrauchsregelung unterliegt, **ausdrücklich untersagt** ist — zu vergl. Punkt 21 der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 9. August 1921 —. Etwa festgestellte Uebertretungen dieser Vorschrift werden, abgesehen von ev. Schließung des Betriebs, unnachsichtlich an die Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung abgegeben werden.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden im übrigen auf Grund von Abschn. 9 der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 9. August 1921 bestraft.

Großenhain, am 10. Februar 1922.

156 I. **Der Kommunalverband.**

Aufnahme der Getreide- und Mehlbestände in Mühlen und Bäckereien, Mehlhandlungen, sowie bei Getreideaufkäufern betr.

Durch die nach der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 10. Februar ds. Js. mit Wirkung ab 16. ds. Mts. eintretende Erhöhung der Mehl- und Brotpreise ergibt sich die Notwendigkeit, eine Nachbelastung des Unterschieds zwischen dem alten und neuen Preise für die Mengen an Getreide, Mehl, sowie Roggen- und Weizenbrot vorzunehmen, die sich am 15. Februar 1922 abends nach Geschäftsschluß in den Mühlen, Bäckereien, Mehlkleinhandlungen und bei den Getreideaufkäufern befinden.

Alle Mühlen, Bäckereien, Mehlhandlungen und Getreideaufkäufer erhalten deshalb hiermit Aufforderung, über die **am 15. Februar 1922 abends nach Geschäftsschluß,** weiter aber auch zufolge einer Anordnung der Reichsgetreidestelle **über die am 19. Februar 1922 abends nach Geschäftsschluß** vorhandenen Bestände an

1. Roggen,
2. Weizen,
3. Gerste,
4. Roggenmehl 85 % ig,
5. Weizenmehl 85 % ig,
6. Gerstenmehl 75 % ig,
7. Roggenbrot,
8. Weizenbrot

spätestens **bis zum 22. Februar 1922** unter Benutzung der ihnen noch besonders zugehenden Vordrucke Anzeige an die Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes, Hindenburgstraße 34, zu erstatten.

Etwa für **Rechnung Dritter** eingelagerte Bestände sind nicht vom Lagerhalter, sondern vom Eigentümer anzugeben. **Nicht** mit anzugeben sind die in Mühlen eingelagerten Bestände der Reichsgetreidestelle.

Die Anzeigepflichtigen werden mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß die vorhandenen Bestände **aufs genaueste** anzugeben sind. **Lediglich schätzungsweise Angabe der Bestände ist unzulässig.**

Um eine wirksame Nachprüfung der Richtigkeit der angegebenen Bestände vornehmen zu können, erhalten alle Mühlen, Bäckereien und Mehlkleinhändler Anweisung, **alle bis zum 15. Februar 1922 abends nach Geschäftsschluß belieferten Brotmarken sorgfältig zu zählen,** in vorgeschriebener Weise **zu bündeln** und **zu schnüren** und hierauf **sofort und spätestens bis zum 22. Februar 1922** an die Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes einzusenden.

Der Kommunalverband wird hierauf für jeden einzelnen Betrieb eine Nachprüfung dahingehend vornehmen, ob der unter Berücksichtigung der seit 15. August vor. Js. zugewiesen erhaltenen Mengen und der abgelieferten Marken sich errechnende **Sollbestand** mit dem angegebenen **Istbestand** übereinstimmt. Der Kommunalverband behält sich auch die alsbaldige Vornahme von Nachprüfungen in den Betrieben vor.

Bei festgestellten Fehlmengen und nachgewiesener unrichtiger Angabe der Bestände wird der Kommunalverband unnachsichtlich mit Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaft und nach Befinden mit Ersatzleistung ev. entschädigungsloser Verfallerklärung der in Frage kommenden Mengen und schließlich auch mit Schließung des Betriebs gegen die Betriebsinhaber vorgehen.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden auf Grund von Abschnitt 9 der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 9. August 1921 bestraft.

Großenhain, am 11. Februar 1922.

157 I. **Der Kommunalverband.**

In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der Produktenhändlerin Maria Theresia Siegemund geb. Benold in Riesa ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke **der Schlußtermin** auf den 8. März 1922, vormittags ½10 Uhr vor dem hiesigen Amtsgerichte bestimmt worden.

Amtsgericht Riesa, den 10. Februar 1922.

Oeffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921.

Auf Grund dieser öffentlichen Aufforderung sind zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet:

1. alle im Finanzamtsbezirke Riesa wohnenden oder sich dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden selbständig steuerpflichtigen Personen (Deutsche oder Nichtdeutsche);
2. sämtliche Personen, die, ohne im Deutschen Reiche zu wohnen oder sich aufzuhalten, in dem Finanzamtsbezirke Riesa Grundbesitz haben, ein Gewerbe betreiben, eine Erwerbstätigkeit ausüben oder Bezüge aus öffentlichen, innerhalb des Finanzamtsbezirks gelegenen Kassen mit Rücksicht auf gegenwärtige oder frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit erhalten,

soweit die vorstehend Genannten nicht bei einem anderen Finanzamt eine Steuererklärung abgeben und soweit sie im Kalenderjahr 1921 oder in dem nach § 29 des Einkommensteuergesetzes an dessen Stelle tretenden Wirtschaftsjahr (Geschäftsjahr) ein steuerbares Einkommen **von mehr als 24 000 Mk.** bezogen haben.

Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung **unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks in der Zeit vom 15. Februar bis zum 15. März 1922** bei dem unterzeichneten Finanzamt einzureichen. **Mit einer Verlängerung dieser Frist ist nicht zu rechnen.** Vordrucke für die Steuererklärung können von der Gemeindebehörde oder von dem unterzeichneten Finanzamt bezogen werden. **Die Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung besteht auch dann, wenn ein Vordruck nicht zugesandt worden ist.**

Die Einsendung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefs. Mündliche Erklärungen werden von dem unterzeichneten Finanzamt während der Geschäftsstunden (werktags vormittags 8 bis 12 Uhr) zu Protokoll entgegengenommen.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen bis 500 Mk. zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Wer zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil eines andern nicht gerechtfertigte Steuervorteile erschleicht oder **vorsätzlich** bewirkt, daß die nach dem Einkommensteuergesetze zu entrichtende Einkommensteuer verkürzt wird, wird wegen Steuerhinterziehung mit einer Geldstrafe im fünf- bis zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis und unter Umständen auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie auf Bekanntmachung der Bestrafung auf Kosten des Verurteilten erkannt werden (§ 53 des Einkommensteuergesetzes und §§ 359 ff. der Reichsabgabenordnung). Wer **fahrlässig** als Steuerpflichtiger oder als Vertreter oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Steuerpflichtigen bewirkt, daß die Einkommensteuer verkürzt oder Steuervorteile zu Unrecht gewährt oder belassen werden, wird wegen Steuergefährdung mit einer Geldstrafe bestraft, die im Höchstbetrage halb so hoch ist wie die für die Steuerhinterziehung angedrohte Geldstrafe (§ 367 der Reichsabgabenordnung).

Riesa, am 10. Februar 1922. **Das Finanzamt.**

Bekanntmachung,

die Inlandslegitimierung aller in Gröba beschäftigten ausländischen Arbeiter auf das Jahr 1922 betreffend.

Auf Grund der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 9. Januar 1922 werden **alle** in Gröba in Beschäftigung befindlichen **industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeiter sowie niederen Hausangestellten** (auch diejenigen, die bereits ihre Einbürgerung in den Freistaat Sachsen beantragt haben, aber noch nicht zum Abschluß gekommen ist) aufgefordert, in der Zeit vom **15. 2. 1922 bis 15. 3. 1922** die Erneuerung der Legitimationskarte von 1921 im hiesigen Gemeindeamt, Zimmer Nr. 6, von vormittags 8 bis ½1 Uhr persönlich zu beantragen.

Die Gebühren für die bis zum 15. März 1922 zu stellenden Erneuerungsanträge betragen einschließlich der der hiesigen Gemeinde zustehenden Gebühr **45 Mk.,** während für die **nach dem 15. März 1922** zu beantragenden Legitimationskarten **105 Mk.** zu entrichten sind. Bei Stellung eines Antrages sind **sämtliche Heimatpapiere** sowie die vorjährige Legitimationskarte mitzubringen.

Die hiesigen Arbeitgeber werden ersucht, für die Stellung des Antrags durch ihre Arbeiter Sorge zu tragen, gegebenenfalls ihnen dabei behilflich zu sein.

Gröba (Elbe), den 18. Februar 1922. **Der Gemeindevorstand.**

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 13. Februar 1922.

—* **Verleihung.** Dem beim hiesigen Zollamte beschäftigten Obersekretär Herrn Loquay ist durch Verfügung des Reichswehrministers vom 20. Januar 1922 der Charakter als Oberleutnant verliehen und die Erlaubnis zum Tragen der Uniform des Infanterie-Regiments Nr. 102 erteilt worden.

—* **Personenzugverkehr.** Auf der Strecke Leipzig—Riesa—Dresden verkehren ab heute auch die Schnellzüge wieder: 10,41 Uhr vormittags ab Riesa nach Dresden und abends 8,6 Uhr ab Riesa nach Leipzig.

—* **Der gestrige Sonntag** wurde von Jung und Alt zu einem Spaziergang an die Elbe benutzt, die der Frost mit einem dicken Eispanzer versehen hat. Ueber den Eisübergang nach Promnitz setzte in den Nachmittagsstunden eine wahre Völkerwanderung ein. Die seltene Gelegenheit, zu Fuß die Elbe auf festem Eise überschreiten zu können, wollte niemand gern versäumen. Das Eis ist nun auch weiter oben nach Meißen zu zum Stillstand gekommen. Auf der Elbstrecke unterhalb Meißen waren einige Kähne vom Eise losgerissen worden, ebenso bei Zabel die Fähre. Wie uns mitgeteilt wird, ist es jedoch gelungen, die Fahrzeuge wieder festzumachen.

—* **Kirchliches.** Unter Hinweis auf die Einladung auf Seite 4 dieser Nummer machen wir unsere Leser nochmals darauf aufmerksam, daß die Evangelisation, die Herr Superintendent Eiter in Riesa hält, morgen (Dienstag) nachmittag 5 Uhr mit der **Bibelstunde** beginnt und dann abends 8 Uhr mit dem **ersten Vortrag** in der **Trinitatiskirche,** die geheizt sein wird, ihren Fortgang nimmt. Jedermann ist herzlich willkommen, auch die Glieder der **umliegenden Kirchgemeinden.** — Die **Bibelstunden** finden nicht im Jugendheim, sondern in der **Kapelle der Trinitatiskirche** statt.

—* **Abgabe der Steuererklärung.** Unter Bezugnahme auf die in der vorliegenden Nummer unseres Blattes enthaltene öffentliche Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärung für die Veranlagung zur Einkommensteuer auf das Rechnungsjahr 1921 wird auch an dieser Stelle auf die Notwendigkeit der Abgabe der Steuererklärung bis zum 15. März 1922 hingewiesen und gleichzeitig auf die Folgen der Nichtabgabe der Steuererklärung aufmerksam gemacht.

—* **Der Ankauf von Gold für das Reich** durch die Reichsbank und die Post erfolgt in der Woche vom 13.—19. Februar d. J. unverändert wie in der Vorwoche zum Preise von 780 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 390 Mark für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

—* **Ueber das Verhalten bei Begräbnissen** erlassen die sächsischen Ministerien des Kultus und öffentlichen Unterrichts und des Innern eine Ergänzungsverordnung zu den bisherigen Bestimmungen. Danach ist bei Bestattungen auf den Friedhöfen (Gottesäckern, Einäscherungsanlagen, Urnenhainen) alles zu vermeiden, was gegen die nach allgemeiner Anschauung berechtigten Empfindungen Andersdenkender oder gegen das Ansehen des Friedhofsinhabers gerichtet ist. Ferner wird bestimmt: Die Verkündung der Glaubens- und Sittenlehren durch die Geistlichen der Religionsgesellschaft, der die Bestattung obliegt, wird hiervon nicht berührt. Eine weitere Ergänzung lautet: Nehmen an den Begräbnissen der Religionsgesellschaften Andersdenkende teil, so haben sie sich den Anordnungen der Religionsgesellschaft zu unterwerfen und dürfen insbesondere nicht ohne Genehmigung des die Bestattung leitenden Geistlichen reden.

—* **Der Entwurf einer neuen Gemeindeordnung.** Aus der Nachrichtenstelle der Sächs. Staatskanzlei wird gemeldet: Sonnabend wurden im Ministerium

des Innern in Dresden in einer stark besuchten Sitzung unter Vorsitz des Ministers Lipinski der im Ministerium des Innern ausgearbeitete Entwurf einer neuen Gemeindeordnung beraten. Zu der Sitzung waren außer den beteiligten Ministerien, Gemeinde- und Beamtenvertretern vornehmlich die Vertreter der großen für die Wahrnehmung der Interessen der verschiedenen Gemeindeverwaltungen gegründeten Verbände geladen. In eingehender Aussprache, die manche fruchtbare Kritik zu Tage förderte, kam man zu dem Ergebnis, daß der Entwurf als geeignet anerkannt wurde, die Gemeindeverwaltung neuzeitlich zu gestalten.

—* **Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts** ist von 3487 im Durchschnitt des Monats Dezember auf 3665 im Durchschnitt des Monats Januar gestiegen. Die Preissteigerung betrifft in erster Linie die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, Lebens- und Genußmittel; und zwar stiegen Getreide und Kartoffeln von 3127 auf 3368; Fett, Zucker, Fleisch und Fische von 3106 auf 3555; Kolonialwaren von 4652 auf 4819, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von 3229 auf 3509. Von den Industriestoffen sind zunächst Häute und Leder von 4054 auf 4668 gestiegen, während die Textilien von 6158 auf 5939 und die Metalle von 4379 auf 4318 zurückgingen; Kohle und Eisen endlich stiegen von 3298 auf 3307. Der Dollarkurs blieb im Durchschnitt des Monats Januar mit 191,81 Mk. fast auf der Höhe des Vormonats (191,93 Mk.), ebenso die vorwiegend aus dem Auslande eingeführten Waren mit 5075 gegen 5071 im Vormonat, während die vorwiegend im Inlande erzeugten Waren nicht unbeträchtlich und zwar von 3170 auf 3383 gestiegen sind.

—* **Drohende Sperrung von Vorschüssen an Gemeinden.** Auf einer Konferenz der Finanzminister der Länder ist festgestellt worden, daß ein großer Teil der Gemeinden in den verschiedenen Teilen des Reiches die Verpflichtung nicht erfüllt hat, ihre Besoldungsbestimmungen dem Reichsbesoldungsgesetz entsprechend zu gestalten. Es handelt sich bekanntlich darum, daß Beamte und Angestellte der Gemeinden nicht günstiger als die Beamten gleicher Dienststufen des Reichs und der Länder gestellt werden dürfen. Vom 1. April 1922 ab wird die Reichsregierung den Ländern Vorschüsse zur Deckung der Mehrbesoldung der Beamten nur für solche Gemeinden überweisen, welche ihre Besoldungsvorschriften nach dem Besoldungssperrgesetz neu geregelt und fristgemäß den Genehmigungsbehörden vorgelegt haben.

—* **Lohnender Erwerb auf dem Gebiete des Obstbaues im Haupt- und Nebenberuf.** Die weitere Entwicklung des heimischen Obstbaues bedeutet einen Teil des wirtschaftlichen Aufbaues unseres Vaterlandes. Es kommt nicht so sehr auf vermehrte Anpflanzung, als vielmehr auf die verbesserte Pflege der vorhandenen Obstbäume an. Tausende von Obstbäumen bringen mangelhafte Erträge, weil hier sachgemäße Pflege fehlt, weil falsche Sorten an falschen Standorten stehen usw. Für sachgemäße Pflege fehlt es an Facharbeitern, die Zeit und Kenntnisse besitzen, an Baumwärtern. Diese werden ausgebildet durch den Landesobst- und Weinbauverein. Würde in jedem Dorfe ein Sachkundiger sein, der seine Arbeitskraft den Obstbaubesitzern gegen angemessene Bezahlung zur Verfügung stellt, so dürfte der Obstbau sehr bald bedeutende Fortschritte machen. Da nun leider die Beschäftigung der Baumwärter nicht das ganze Jahr hindurch gleichmäßig erfolgen kann, so dürfte sehr zu empfehlen sein, daß die Gemeinden ein Anstellungsverhältnis der Baumwärter regeln, wo Bezirksobstbauvereine sind, mit diesen zusammen. Geeignete Vertragsentwürfe und Dienstanweisungen stellt der Landesobst- und Weinbauverein, Dresden-A., Bürgerwiese 6, 2. zur Verfügung.

Sebnitz. Bei der Neuwahl des Vorstandes des Stadtverordneten-Kollegiums mußte das Los entscheiden. Gewählt wurde der Demokrat Baumeister Kühnel. Infolgedessen enthielten sich die Radikalen bei der Wahl der weiteren Vorstandsmitglieder der Stimmabgabe, sodaß nunmehr ein rein bürgerlicher Vorstand besteht.

Waltersdorf (Lausitz). Sehr viel Appetit entwickelte das gut gemästete Schwein eines Bäckermeisters. Obwohl es unter Ernährungsschwierigkeiten im allgemeinen nicht zu leiden hat, gefiel es ihm kürzlich, eine zufrieden lebende Ente mit Stumpf und Stiel aufzufressen. Die beiden Tiere waren zusammen in einen Stall gesperrt. Die einfältige Ente mag der feisten Sau zu nahe gekommen sein, und diese hat dem bunten Wasservogel kurzerhand den Garaus gemacht. In welcher Weise das geschehen ist, läßt sich schwerlich feststellen, denn das blutgierige Borstenvieh hatte die Spuren seiner Tat fast vollständig beseitigt. Nur die harten Entenbeinchen, einige unverdauliche Flügelfedern und ein Stück Kopf zeugten noch von der entsetzlichen Tragödie. Wie es heißt, fühlt sich die Sau trotz der verschlungenen Entenfedern ganz munter.

Hainewalde bei Zittau. Tot aufgefunden wurde auf einer vor dem hiesigen Schießhause aufgestellten Gartenbank früh die 80jährige Hospitalitin Johanne verw. Schlemmer. Die Greisin, die in letzter Zeit etwas geistesgestört zu sein schien, hat sich in der Nacht unbemerkt entfernt und ist jedenfalls nach ermüdendem Umherirren erschöpft auf der Bank eingeschlafen und erfroren.

Mittweida. Durch den Hufschlag eines Pferdes ernstlich verletzt wurde gelegentlich der Ausspannung in einem hiesigen Gasthof der Gutsbesitzer M. aus Crossen. Er wollte sein Pferd in den Stall führen und wurde dabei von einem anderen Pferd derart an den Kopf geschlagen, daß die Kinnlade zertrümmert worden ist.

Schwarzenberg. Um das Jägerhaus, die bekannte Sommerfrische in Schutt und Asche zu verwandeln, legte ein noch unbekannter Verbrecher Feuer an die Scheune des Jägerhauses. Glücklicherweise wurde der Brand sofort bemerkt und durch rechtzeitiges Löschen die Ausbreitung des Brandes verhindert.

Beierfeld. Der Gemeinderat stimmte einem Antrage zu, nach welchem zur Kostendeckung für die einzuführende unentgeltliche Totenbestattung eine Abgabe für Wohlfahrtspflege von Einkommen über 30000 Mark erhoben werden soll; auch wurde die Erhebung eines Zuschlages von 20 Prozent zur Gewerbesteuer beschlossen.

Plauen i. V. Der nunmehr glücklich hinter uns liegende Ausstand hatte für viele Reisende Ueberraschungen unerquicklichster Art gebracht. Zu diesen wird wohl auch ein junger Mann von hier gehören, der von dem Streik in dem bekannten Wintersportort Geising bei Pirna überrascht worden ist, und der infolge des Fehlens der nötigen Moneten auf Schusters Rappen den Heimweg antreten mußte. Vier Tage lang wanderte er, seinen Reisekoffer auf dem Rücken, durch Schnee und Eis. Am Dienstag abend voriger Woche traf der Tapfere wohlbehalten bei Muttern ein. — Die Arbeitslosen Plauens veranstalteten am Freitag nachmittag eine stark besuchte Versammlung, in der Kommunist Fraenkel im Namen des geschäftsführenden Ausschusses der Erwerbslosen Bericht darüber erstattete, wie die unlängst dem Rat der Stadt unterbreiteten Erwerbslosenforderungen, nämlich 100 Prozent Erhöhung der Unterstützung, kostenlose Lieferung von Feuerungsmaterial an die Erwerbslosen u. a. m., aufgenommen worden seien. Da vom Rat die Lieferung von Feuerholz aus den städtischen Waldungen abgelehnt worden sei, forderte er die Arbeitslosen auf, am Sonnabend vormittag sich mit Wagen und Schlitten auf dem Neustadtplatze einzufinden, um sich das nötige Holz aus den städtischen Waldungen selbst zu holen. Die weitere Forderung der Erwerbslosen nach 100prozentiger Erhöhung ihrer Unterstützung habe der Rat abgelehnt, und sich lediglich bereit erklärt, eine 50 prozentige Erhöhung bei Reich und Staat zu befürworten. Nach längerer Aussprache zogen die Erwerbslosen vor das Rathaus, in dem eine Stadtverordnetensitzung stattfand und ein Dringlichkeitsantrag in Sachen der Erwerbslosen auf der Tagesordnung stand. Da mit der Demonstration gerechnet war, war eine Abteilung der Landespolizei zum Schutze des Rathauses herbeigezogen worden. Zu Ruhestörungen kam es nicht.

Leipzig. Ein Opfer allzu großen Vertrauens ist hier eine Stenotypistin von auswärts geworden, die seit Anfang Februar in einem hiesigen Gasthause wohnte, um sich hier Stellung zu suchen. Sie hatte in dem Gasthause die Bekanntschaft eines zweifelhaften dreiblättrigen Kleeblattes, eines angeblichen Kaufmanns Theodor Finzel aus Nordhausen, seiner angeblichen Ehefrau, Emilie geb. Sier aus Untermürzbad und eines angeblichen Elektrotechnikers Johann Haase aus Oberhausen gemacht. Eines Morgens, als die Stenotypistin früh in ihrem Zimmer erwachte, war das Kleeblatt mit ihrem Koffer und ihrer ganzen Habe im Werte von 8000 Mark verschwunden. Sie war so gründlich ausgeplündert, daß sie im Bett liegen bleiben mußte, bis ihr mitleidige Menschen das Allernötigste herbeischafften. Denn auch die Strümpfe, Schuhe und Kleider, die das Mädchen am Abend vorher auf einen Stuhl gelegt hatte, waren verschwunden.

Die Trauerfeier

für Geh. Regierungsrat Amtshauptmann Dr. **Uhlemann** fand am Freitag vormittag von ½12 Uhr an im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft statt.

Seitlich des Sarges standen die Fahnenabteilungen des Militärvereins Eichenkranz und des Militärvereins Naundorf. Vor dem Sarge saßen die Familienglieder und die Verwandten des Verstorbenen, den übrigen Saal aber und einen großen Teil der Korridore füllten all jene, die von nah und fern gekommen waren, dem Toten die letzte Ehre zu erweisen. Als Vertreter der Staatsregierung war Herr Kreishauptmann Dr. Krug von Nidda und von Falkenstein und Herr Ministerialdirektor Dr. Schulze erschienen. Ferner wohnten der Trauerfeier die Herren Amtshauptleute von Meißen, Flöha, Oschatz, Kamenz, sowie der frühere Amtshauptmann von Meißen, jetzige Dresdner Polizeipräsident Dr. Grille bei. Die drei Bezirksstädte waren durch ihre Bürgermeister, die Herren Hotop-Großenhain, Schneider-Riesa, Richter-Radeburg vertreten. Vom Oschatzer Ulanen-Regiment war eine Offiziers-Deputation erschienen. Die Landwirtschaft, wie die Industrie des Bezirkes war in großer Zahl vertreten, viele frühere Gemeindevorstände und Bezirksausschußmitglieder waren gekommen in dankender Verehrung für den Heimgegangenen, gleich wie die jetzigen Gemeindevorstände und Bezirksausschußmitglieder. Vollzählig nahmen selbstverständlich die Beamten und die Angestellten der Amtshauptmannschaft an dieser Trauerfeier teil.

Nach Harmoniumspiel und dem Gesang des Kirchenchores „Selig sind die Toten" hielt Herr Sup. **Fiebig** die Trauerrede.

In Jesu Namen! Amen!
Ich hang und bleib auch hangen an Christo als ein Glied;
wo mein Haupt durch ist gangen, da nimmt er mich auch mit.
Er reißet durch den Tod durch Welt, durch Sünd und Not,
er reißet durch die Höll, stets bin ich sein Gesell.

Es war vor Jahren nach Ostern. Wir hatten dieses Lied Paul Gerhardts im Osterfestgottesdienst gesungen. Da sprach mich darauf der Heimgegangene an. Melodie und Lied hatten es ihm angetan. — So handeln wir, denke ich in seinem Geist, wenn wir damit in dieser Stunde beginnen und rücken alles bewußt von vornherein in das Licht christlichen Glaubens und Hoffens —, auch das Wort, dem ich jetzt meine Gedanken entnehmen will.

„Rufe die Arbeiter und gib ihnen den Lohn (Matth. 20, 8) ließ unser Herr Jesus im Gleichnis den Herrn des Weinbergs zum Schaffner sagen, als der Arbeitstag dem Feierabend weicht.

Ich habe, meine lieben Leidtragenden, für unseren Vollendeten kein treffenderes Wort finden mögen. So hoch ihn das Leben geführt hatte, unser Vollendeter war ein Arbeiter — von frommen Eltern von Kind auf im Geiste straffster Pflichterfüllung erzogen —, im eigenen Haus um Sie, die Glieder seiner Familie, unermüdlich besorgt (wie oft bin ich in den ersten Jahren dessen Zeuge gewesen in bezug auf Sie, seinen Sohn!), — in seinem Beruf. Jedem, sowohl hier an seiner Wirkungsstätte wie draußen im Bezirke ein Vorbild, — noch bis auf sein Sterbebett restlos mit seinen Gedanken bei dem, was ihm befohlen war. — — Jawohl, er war ein Arbeiter, der eher zu viel auf sich genommen hat, als daß er einmal zu lange bei seiner Erholung geblieben wäre.

Dabei war er ein **Arbeiter**, ich darf es wohl sagen, **im christlichen Sinne**. Nicht nur, daß ihm Arbeit Pflicht war. Ihm war Arbeit Freude. Er arbeitete nicht nur mit seinem Kopfe. Er arbeitete mit seinem Herzen und mit seiner Seele. Vielleicht hat mancher der Anwesenden länger als ich mit ihm gearbeitet, dem ältesten der sächsischen Amtshauptmänner, der mit seinen 23 Jahren länger als die anderen in, wie er mit einem gewissen Stolz sagte, „seinem Bezirke" stand. Aber ich habe mit ihm die letzten sieben Jahre, wohl auch ihm die schwersten, und auf dem zartesten Gebiet christlich-kirchlicher Arbeit zusammengestanden. Es stände dem Seelsorger schlecht an, wollte er sagen, was er in den tiefsten Augenblicken in des Andern Seele gelesen hat. Aber das darf ich jetzt bekennen, was stand hinter dem Mann, der so unnahbar sein konnte, für ein vornehmes, feines Gemüt. Wie versuchte er, Menschen und Verhältnisse von innen heraus zu erfassen. Wie bereit war er, wo er nur konnte, zu raten, zu helfen, zu entschuldigen. Wie herrlich und speziell konnte seine Fürsorge sein und wie weit umfassend war doch wohl auch sein Blick. Wie hat der Mann, der mit beiden Füßen in den vergangenen Tagen stand und alt geworden war in den früheren Verhältnissen, da wir noch einen König und einen Kaiser hatten, sich gemüht, die neue Zeit zu verstehen und seinen geliebten Bezirk ohne zu schweren Schaden einzustellen auf die Gegenwart. Ich glaube: sein Fehlen erst wird es hier und draußen offenbaren, was er uns war: ein Arbeiter und ein Arbeiter im christlichen Geist.

So hat es sein Gott ihm nun auch wahr gemacht: „Rufe die Arbeiter und gib ihnen den Lohn!" — Meine liebe Trauergemeinde! Es mag, wer den Begriff „Arbeit" nur an den Muskeln mißt, den Begriff „Lohn" nur in klingenden Worten verwirklicht sehen. Wer in Treue als Christ arbeitet, weiß: Kein äußerer Lohn wiegt die inneren Werte auf, die einer einsetzt, der das Seine vor Gott tut. Solch einem Arbeiter kann nur **Vertrauen** Lohn sein. Und den Lohn hat Gott unserem Heimgegangenen beschert. An seines irdischen Königs und Herrn Vertrauen hat unser Vollendeter herzliche Freude gehabt. Und nichts hat ihn mehr erquickt, als wenn er es fühlte, daß deren Vertrauen ihm zufiel, für die er sich mühte. Ich glaube, es zöge wie so manchmal in einem freundlichen Augenblick ein helles Leuchten über sein ernstes Gesicht, wenn er Zeuge wäre des aufrichtigen Schmerzes, mit dem Jeder, den ich gesprochen habe, die Nachricht aufnahm von seinem uns allen zuletzt überraschenden Heimgang.

Aber Gott hat für die Seinen immer noch höheren Lohn als menschliches Vertrauen. Die Treuen im Lande läßt er **seine ewige Treue schmecken und sehen** zu größerem Trost und seligeren Freuden. Meine liebe Trauergemeinde! Ich weiß wohl, daß wir damit das zarteste Lebensgebiet betreten, wo Menschen das letzte Wort nicht sprechen. Aber ich weiß auch, daß hier die zartesten Dinge das Größte verraten. — Wenn Sie, meine lieben Angehörigen unseres Vollendeten, heute an seinem Sarge stehen mit einem Herzen voll tiefen Dankes für das, was Ihnen der Heimgegangene gewesen und je länger je mehr geworden ist, — wenn Sie, seine Kinder, mit dem wehmütig glücklichen Empfinden von ihm Abschied nehmen: des teuren Vaters letzte Freude war unser Glück, — wenn Sie ihm haben dienen dürfen, der noch auf seinem nicht leichten Sterbebette für das Kleinste dankbar sein und zuletzt im Frieden seines Gottes stille seine Straße ziehen konnte, — — so sind Ihnen und uns dies köstliche Zeugnis des Gottes, der ihm die Treue gehalten hat und um Christi willen halten wird in Ewigkeit.

Hat nun Gott zum letzten Male den gerufen, der die letzte irdische Arbeit zu tun hat und die Seele frei macht von dem vergänglichen Leib, so glauben wir es durch Christus, daß er es getan hat, damit wir hier und unser Vollendeter drüben bekennen:

„Wohl dir, du Kind der Treue, du hast und trägst davon
Mit Ruhm und Dankgeschreie den Sieg, die Ehrenkron."

Amen.

Hierauf trat Exzellenz Geheimrat Dr. **Mehnert** vor den Sarg und widmete im Namen des Landeskulturrates dem Verstorbenen einen herzlichen Nachruf. Was er gewollt, das hat er mit solcher Energie und Kraft zu vertreten verstanden, daß er oftmals lediglich durch seine Persönlichkeit die Anderen mitgerissen hat, um sie zu dem zu bringen, was er wollte. Es wurde in diesem Kreise oftmals empfunden, wie er, mit seltener Gabe ausgestattet, nicht nur das, was er im Speziellen vertreten sollte, den sächs. Obstbau, sondern noch weit mehr im Allgemeinen vollbrachte. Kaum 14 Tage sind es her, daß der Landeskulturrats-Ausschuß für ländliche Wohlfahrtspflege in Sachsen den nunmehr vor uns Aufgebahrten zu seinem Vorsitzenden wählte. Wir wußten, daß keiner so geeignet war, wie er, der seit zwei Jahrzehnten auf diesem Gebiet mit dem Herz und vor allem mit der Tat gearbeitet hat. Ein Arbeiter ist er gewesen, das haben wir soeben gehört! Und er war noch etwas anderes, er war ein **Mann**! Das ist ein Lob, das man heutzutage nicht allzuviel spenden kann. Er **war** ein **Mann** in des Wortes wahrster Bedeutung. Er war nicht einer von denen, denen man nachsagen kann, er hatte keine Feinde, keine Gegner. Nein, er war ein Mann von **Charakter**! Ein solcher Mann kann nicht feindlos und gegnerlos durchs Leben gehen. In diesem Jahre werden es zwei Jahrzehnte, seit der Sprecher mit dem Verstorbenen zusammen am Tische gesessen zur gemeinsamen Arbeit. In dieser Zeit habe er oft genug empfunden, wie mannhaft, fest, energisch der Verstorbene für seinen Bezirk eingetreten ist, auch wenn es ihm persönlich an den oberen Stellen oft verdacht worden sei. Manchen harten Kampf hat der Verstorbene da auskämpfen müssen für den Großenhainer Bezirk und manchmal ist es trotzdem noch anders ausgegangen, wie er es gewollt und sich gedacht hatte. Nicht der Persönlichkeit galt sein Streben, sein Wirken und Tuen, nur der Sache galt alle seine Tätigkeit. Nun ruht er vor uns: ein toter Mann! Es wird schwer halten, diesen Mann zu ersetzen auf den verschiedenfachen Gebieten, auf denen er tätig war. Sein Andenken wird aber in allen Kreisen, in denen er gewirkt hat, immer lebendig bleiben.

Im Namen des Landes-Obstbau-Vereins sprach Herr Geheimrat **Andrae**. Wohl 18 Jahre lang habe der Verstorbene diesen Verein zu leiten gehabt. Wenn die ganze Arbeit, die auf diesem Gebiete geleistet worden ist, so erfolgreich gewesen, so ist dies dem Verständnis und dem Eifer zu danken, der vom Verstorbenen betätigt wurde. Wir rufen ihm ein „Habe Dank" in die Ewigkeit nach. Er möge sanft ruhen!

Der Trauer und dem Danke der Bezirksversammlung gab dessen Vorsitzender, Herr Kaufmann **Markus** Ausdruck. Im Namen und im Auftrage aller Mitglieder der Bezirksversammlung, bei denen allen der Verstorbene die größte Wertschätzung genießt, spreche er ihm Dank aus für seine Arbeits- und Pflichttreue; er rufe ihm ein letztes „Habe Dank" und „Ruhe sanft" nach.

Herr Regierungsrat Dr. **Merzdorf** sprach im Namen der Beamten und Angestellten der Amtshauptmannschaft. Heute abend 8 Uhr werden es fünf Wochen, daß der Chef sein Arbeitszimmer verließ. Seitdem ist die Amtshauptmannschaft und der Bezirk ohne die sichere leitende Hand, und wenn es den Beamten und Angestellten gelungen ist, die laufenden Geschäfte zu erledigen, so ist dies doch wesentlich ein Verdienst des Verschiedenen. Immer wieder hat er es gelehrt, gelernt und selbst gezeigt, daß der Beamte auch in schwierigster Lage die Pflicht erfüllen muß, erfüllen kann. In schwerer Zeit des Krieges und nach dieser hat er, ohne Urlaub zu nehmen, mit allen Kräften dahingewirkt, die schweren Zeiten dem Bezirke nach Möglichkeit zu erleichtern. Selbst auf dem Krankenlager hat er sich noch fortgesetzt auf dem Laufenden zu erhalten gesucht, bis es ihm das ärztliche Gebot versagte. Die gleiche hohe Pflichtauffassung, wie er sie selbst hatte, verlangte der Verstorbene auch von jedem seiner Beamten. Wo er sie nicht fand, versuchte er, der reife und erfahrene Beamte, den anderen auf den von ihm als richtig erkannten Weg zu leiten. Das danken wir ihm heute! Wir danken ihm weiter, daß er keinem, der vorwärts kommen wollte, Hemmungen bereitete, ihm Steine in den Weg legte. Im Gegenteil bereitete er ihn auf das Amt vor und ebnete ihm den Weg. So steht der Verstorbene vor uns als ein Mann der höchsten Pflichtauffassung und seltener Beamtentreue. So wird er in uns weiter fortleben! Als Vertreter der Beamtenschaft und Angestellten und auf deren ausdrücklichen Wunsch rief er dem Verstorbenen in die Ewigkeit ein „Habe Dank" und „Ruhe sanft" nach mit dem deutschen Gelöbnis so wie er zu werden: ein treuer Beamter, ein treuer Diener seines Volkes.

Als ältestes Mitglied des Bezirksausschusses trat Herr Kommerzienrat **Arnold** zur Bahre und widmete dem Verstorbenen Worte des Dankes. Bewunderung sei es gewesen, die die Mitglieder des Bezirksausschusses erfüllt habe, über das Geschick und die Fähigkeit, mit denen der Heimgegangene als Vorsitzender die Verhandlungen stets geleitet hat. Viele Erfolge hat er erzielt zum Besten des Bezirkes und auch politisch ihm Fernstehende haben die Sorge anerkannt, die der Heimgegangene auch um den kleinsten Teil seines Bezirkes gehabt hat. Und doch blieb bei allen Erfolgen, die er für den Bezirk errungen hat und bei all den Anerkennungen, die ihm aus allen Kreisen wurde, der Grundzug seines Charakters die Bescheidenheit. Die Erfüllung der Pflicht war sein höchstes Ziel und seine beste Freude. Als eines solchen Mannes werden wir uns seiner immer erinnern.

Herr Lehrer **Steglich**-Priestewitz sprach im Namen der Lehrerschaft des Bezirks. Was in der Schulverwaltung des Bezirks vorgekommen, sei mit des Verstorbenen Namen verknüpft. Besonders verdient machte er sich um die Wohlfahrtspflege und mit Freude dachte der Redner zurück, wie

Spurlos verschwunden
sind alle Hautunreinigkeiten u. Hautverletzungen, wie Mitesser, Blatern, Pusteln, Pickeln, Gesichtsröte, Bläschen usw. durch tägl. Gebrauch der allein echten
Steckenpferd-Teerschwefel-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul. Überall zu haben.

der Verstorbene zur Zeit der Vielen Versammlungen des Vereins für Volkskunde diesen so überaus lebhaftes Interesse bekundete und freundliche Unterstützung erwies. Wie viele Schulbauten sind unter seiner Verwaltung im Bezirke entstanden. Bei keiner Schulweihe fehlte er. Im Namen der gesamten Lehrerschaft des Bezirks rief der Redner dem Verstorbenen in die Ewigkeit ein herzliches „Habe Dank" nach.

Als Vertreter des Elektrizitäts-Verbandes Gröba sprach Herr Rittergutsbesitzer **Bramsch-Gavertitz**. Mit Rat und Tatkraft habe der Verstorbene gerade diesem Werke gedient. Seine treue Mitarbeit wird schwer vermißt werden. Die Dankbarkeit übers Grab hinaus lebt aber weiter, des Verstorbenen Name, der so eng mit dem Werke verknüpft ist, wird fortklingen in aller Herzen.

Herr Pfarrer i. R. **Weißenborn** sprach für den Bezirks-Obstbauverein Großenhain. Was der Verstorbene im Bezirk erreicht hat auf dem Gebiete des Obstbaues, ist nicht wenig. Die folgende Zeit erst wird es offenbaren. Der Name des Mannes, der nun ausruht von seiner Lebensarbeit, der auch ernste Erfahrungen in seinem hohen Berufe durchlebt hat, wird mit der Geschichte des Bezirkes im allgemeinen verbunden bleiben, aber auch mit der Geschichte des Bezirks-Obstbauvereins. Sein Name und sein Werk sollen weiterleben, werden unvergeßlich bleiben, stets in Ehren gehalten werden.

Als Vorsteher des Militärvereins-Bezirks Großenhain sprach Herr Oberlehrer **Körner** im Namen der Militärvereine des Bezirks und im Auftrage des Präsidiums des Bundes, dessen Ehrenmitglied der Verstorbene gewesen. Der Tote war Soldat, der die Armee und die Ueberlieferung hoch und heilig hielt. Er trat darum ein für die, die sich zusammengefunden hatten im Militärverein und hat gern im Militärvereinsbezirk gewirkt und geschaffen. Der Bund hat ihm die höchste Ehre verliehen. In unserem Bezirk haben ihm besonders viele Militärvereine auf dem Lande zu danken, wie viele Fahnen hat er persönlich mit einem Bande oder einem Nagel geschmückt. Was er den Militärvereinen gewesen, wird nie vergessen werden. Wir werden unser Treugelöbnis halten, pflichttreu zu wirken in Kameradschaftlichkeit vor allem in sozialem Sinne für die Witwen und Waisen, für die Hinterbliebenen, für die Kriegsbeschädigten. Und gerade das geschieht voll in des Verstorbenen Sinn. Wir geloben es an seinem Sarge: Sein Name und sein Wirken wird unvergessen sein!

Wiederum trat Herr Sup. **Fiebig** zum Sarge und sprach Trostesworte und Gebet aus dem Psalm 121, indes die Fahnen sich senkten. Leise klangen wiederum Harmonium-Akkorde und unter deren Tönen verließen alle Teilnehmer an der Trauerfeier den Saal.

Die unermeßliche Fülle der Kränze, von denen viele mit Widmungsschleifen geschmückt waren, wurde hinausgetragen. Dann wurde der Sarg in den Leichenwagen gehoben, wo er alsbald unter der Menge von Kränzen, die ihn bedeckten, kaum noch zu sehen war. Weitere Kränze wurden von jüngeren Beamten und Angestellten der Amtshauptmannschaft getragen, ebenso eine große Anzahl Fächerpalmen zur Seite des Leichenwagens. Den Trauerzug eröffneten die Fahnen der Militärvereine, dann schloß sich eine Abteilung Landesgendarmerie an, ihr folgte der Sanitäter-Verein, für dessen segensreiche Bestrebungen der Verstorbene allezeit besonderes Wohlwollen bekundet hat, und hiernach ein Teil der amtshauptmannschaftlichen Beamten. Dem Leichenwagen voraus schritt ein Gendarmerie-Hauptwachtmeister, der auf samtnem Kissen die zahlreichen Orden und Ehrenzeichen des Verstorbenen trug. Hinter dem Sarg schritten der Sohn und der Bruder des Verstorbenen, dann folgte in sehr langem Zug die Menge der nicht nur aus dem Bezirke, sondern selbst von weiterher gekommenen Teilnehmer an der Trauerfeier. In einer Anzahl Wagen fuhren Leidtragende der Familie mit zum Friedhofe.

Nachdem der Sarg langsam in das Grab versunken, sprach der Geistliche, Herr Superintendent **Fiebig**, Gebet und Segen.

Nicht nur aus dem Bezirke, sondern aus dem ganzen Sachsenlande und aus dem deutschen Reiche sind im Trauerhause herzliche Beileidskundgebungen eingelaufen. Besonders hervorgehoben sei, daß auch ein Schreiben eintraf, in dem im Auftrage des Königs Friedrich August der herzlichsten Anteilnahme unter ganz besonderer Hervorhebung der Wertschätzung des Verstorbenen Ausdruck gegeben ist.

(Großh. Tagebl.)

Tagesgeschichte.*

Deutsches Reich.

Die erste Amerikafahrt des Dampfers „Seydlitz". Der Dampfer „Seydlitz" des Norddeutschen Lloyd trat Sonntag vormittag die erste Reise nach Newyork an und eröffnete damit nach achtjähriger Unterbrechung wieder den regelmäßigen vierzehntägigen Passagier- und Frachtdampferdienst mit eigenen Dampfern des Norddeutschen Lloyd. Infolge der im Eisenbahnverkehr herrschenden Schwierigkeiten erreichte nur ein Teil der gebuchten Passagiere rechtzeitig den Anschluß, sodaß der Dampfer mit etwa 125 Reisenden abfahren mußte. Mit Rücksicht auf den schweren Eisgang begleiteten ihn drei starke Schleppdampfer bis zur Wesermündung.

Zu den Beschuldigungen gegen Oerter. In der „Braunschweigischen Landeszeitung" veröffentlicht der Großfabrikant Wemmel in Hehlen eine eidesstattliche Erklärung, daß er den bekannten Brief des früheren braunschweigischen Ministerpräsidenten Oerter, in dem dieser für geleistete amtliche Dienste drei Prozent des Reingewinns sämtlicher Wemmelscher Unternehmungen forderte, niemals erhalten und daß Oerter niemals für geleistete Dienste Gegenleistungen von ihm empfangen habe.

Republik Oesterreich.

Der englische Kreditvorschuß. Der englische Gesandte in Wien hat der österreichischen Regierung eine Note überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die englische Regierung beschlossen hat, Oesterreich einen Kreditvorschuß von zwei Millionen Pfund zu geben. Die Einzelheiten des Kreditvorschusses werden durch einen Notenaustausch geregelt werden.

Uebernahme von Vormundschaften.

Zur Frage der **Uebernahme von Vormundschaften** usw. wird uns von berufener Stelle geschrieben:

Häufig scheinen sich weite Kreise der Bevölkerung darüber unklar zu sein, daß jeder Deutsche nach den geltenden Gesetzesbestimmungen die Pflicht hat, eine ihm von dem Vormundschaftsgericht aufgetragene Vormundschaft zu übernehmen und ordnungsgemäß zu führen. Es ist deshalb dringend geboten, die Vorschriften in Erinnerung zu bringen, die in dieser Hinsicht das am 1. Januar 1900 in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch enthält. Von der, wie gesagt, für jeden Deutschen, gleichviel, welchem Bundesstaate oder Lande er angehört, nicht jedoch für Ausländer, d. h. Staatsangehörige eines nicht zum Deutschen Reiche gehörigen Landes, bestehenden privat- und öffentlichrechtlichen Uebernahmepflicht befreien nur ganz bestimmte Ausnahmegründe. Lediglich dann, wenn diese vorliegen, besitzen die vom Vormundschaftsgericht ausgewählten Personen ein Ablehnungsrecht.

1. ohne weiteres jede Frau, sei sie verheiratet oder ledig, ablehnungsberechtigt.

2. Sodann jeder, der zur Zeit seiner Auserwählung das 60. Lebensjahr vollendet hat. Einen weiteren Ausnahmefall läßt das Gesetz aus dem Grunde zu, daß jemand mehr als vier minderjährige eheliche, für ehelich erklärte oder von ihm an Kindesstatt angenommene Kinder hat. Ist aber eines dieser Kinder von einem anderen an Kindesstatt angenommen worden, so wird dieses Kind nicht mehr mitgerechnet, sodaß also dann die Verpflichtung zur Uebernahme der Vormundschaft bestehen bleibt.

Da es aber bei der Uebernahme einer Vormundschaft besonders darauf ankommt, daß diese ordnungsgemäß geführt wird und werden kann, so ist das Ablehnungsrecht weiter

3. den Personen nachgelassen, die durch Krankheit oder Gebrechen an einer ordnungsmäßigen Vormundschaftsführung behindert werden, daß es sich dabei natürlich nicht um leichte, vorübergehende Krankheiten oder kleine Gebrechen leichter Natur handeln darf, ist selbstverständlich. Dasselbe gilt

4. von demjenigen, der die Vormundschaft übernehmen soll, obwohl sie ihm wegen großer Entfernung seines Wohnsitzes von dem Sitze des Vormundschaftsgerichts nicht ohne besondere Belästigung zu führen möglich wäre. Ueberhaupt nicht in Frage kommt dieser Grund selbstredend für denjenigen, der in dem Sprengel des Vormundschaftsgerichts seinen Wohnsitz hat. Ein Ablehnungsgrund ist weiter

5. für einen zu bestellenden Vormund dann gegeben, wenn er durch das Vormundschaftsgericht aus Gründen vermögensrechtlicher Natur zur Sicherheitsleistung angehalten wird, d. h. wenn er für das seiner Verwaltung unterliegende Vermögen des Mündels aus seinen eigenen Mitteln zur Sicherstellung des Mündelvermögens herangezogen wird. Zu allen diesen bisher aufgeführten Gründen treten endlich noch zwei weitere Möglichkeiten der Ablehnung der Uebernahme der Vormundschaft hinzu. Wenn nämlich jemand

6. mit einem anderen zusammen zur gemeinschaftlichen Führung einer Vormundschaft bestellt werden soll, oder wenn

7. jemand bereits mehr als eine Vormundschaft oder Pflegschaft führt, so kann er ebenfalls ablehnen. Zu beachten ist hierbei aber, daß die Führung der Vormundschaft oder Pflegschaft über mehrere Geschwister und ebenso die Führung von zwei Gegenvormundschaften der Führung einer einzelnen Vormundschaft gleichzuachten ist. Das Ablehnungsrecht muß gegenüber dem Vormundschaftsgerichte erklärt werden. Dabei empfiehlt es sich, bereits dem Gemeindewaisenrate, der ja vom Vormundschaftsgerichte stets aufgefordert wird, den Vormund usw. vorzuschlagen, zu erklären, daß und weshalb abgelehnt werde, sobald er, wie das seine Pflicht ist, den Vorzuschlagenden vor dem Vorschlage befragt, ob er zur Uebernahme des Amtes bereit sei. Das dient zur Erleichterung des Geschäftsverkehrs für alle Beteiligten, auch für den Gemeindewaisenrat.

Jedes Ablehnungsrecht **erlischt** aber dann, wenn es nicht **vor** der Bestellung bei dem Vormundschaftsgerichte geltend gemacht wird.

Kurz zu streifen sind noch die wichtigsten derjenigen Fälle, in denen das Vormundschaftsgericht kraft Gesetzes von der Bestellung zum Vormunde absehen muß oder soll, da in ihnen ein bedingtes Ablehnungsrecht für die zur Uebernahme der Vormundschaft auserwählten Personen zu erblicken ist. Denn solchenfalls besteht für die Betreffenden die Verpflichtung, die vorhandenen Tatsachen zur Kenntnis des Vormundschaftsgerichts zu bringen, daß dann von einer Bestellung solcher Personen zum Amt des Vormundes selbstverständlich meist Abstand nehmen wird. Es ist zum Vormunde nämlich niemand zu bestellen, der

8. geschäftsunfähig oder wegen Geistesschwäche, Verschwendung oder Trunksucht entmündigt ist. Ferner soll

9. kein Minderjähriger zum Vormunde bestellt werden und ebensowenig

10. jemand, der selbst unter vorläufige Vormundschaft oder unter Pflegschaft gestellt ist. Endlich soll

11. nicht zum Vormunde bestellt werden, wer in Konkurs geraten ist, solange der Konkurs dauert oder

12. wer der bürgerlichen Ehrenrechte nach Maßgabe des Strafgesetzbuches für verlustig erklärt worden ist. Als Schlußfall sei hier nur noch angedeutet, daß

13. auch solche Personen nicht zum Vormunde bestellt werden sollen, die durch Anordnung des Vaters oder der ehelichen Mutter des Mündels von der Uebernahme und Führung der Vormundschaft ausgeschlossen sind.

Macht nun eine von dem Vormundschaftsgericht zur Uebernahme und Führung einer Vormundschaft auserwählte Person einen der hier aufgeführten absoluten oder bedingten Ablehnungsgründe geltend, erklärt aber das Vormundschaftsgericht die Ablehnung für unbegründet, so hat der Ablehnende unbeschadet der ihm dagegen etwa zustehenden Rechtsmittel die Vormundschaft vorläufig zu übernehmen, wenn es verlangt wird. Wer die Uebernahme der Vormundschaft, sei das nun ohne gesetzlichen Ablehnungsgrund oder von rechtskräftiger Verwerfung desselben, auch nur vorläufig verweigert, kann dazu vom Vormundschaftsgericht durch Geldstrafen angehalten werden. Auch ist, wer die Uebernahme einer Vormundschaft ohne Grund oder nach rechtskräftiger Verwerfung desselben ablehnt, dem Mündel, wenn ihm ein Verschulden zur Last fällt, für den Schaden, der durch die Verzögerung der Vormundsbestellung entsteht, verantwortlich.

Daß es sich dabei um sehr erhebliche Beträge handeln kann, ist selbstverständlich. Es dürfte deshalb dem eigensten Nutzen des Einzelnen dienen, wenn er sich an der Hand der vorstehenden Ausführungen stets daran erinnert, daß die Ablehnung einer angetragenen Vormundschaft nicht der Willkür preisgegeben und die Uebernahme von Vormundschaften sowie Pflegschaften mindestens für jeden deutschen Mann eine soziale Pflicht ist. Ihre Erfüllung bringt gewiß nicht selten mehr oder minder große Unbequemlichkeiten mit sich. Was sollte aber aus einem Volke werden, dessen Männer keine Pflichten auf sich zu nehmen bereit wären?

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 13. Februar 1922.

Die gegenwärtigen Parteiverhältnisse im Reichstag.

* **Berlin.** Angesichts der am kommenden Mittwoch im Reichstag vorzunehmenden Abstimmung über das Vertrauensvotum dürfte folgende Statistik über die Parteiverhältnisse interessieren:

Regierungsparteien:

Sozialdemokratie	108 Mandate
Zentrum	72 Mandate
Demokraten	40 Mandate
	220 Mandate

Oppositionsparteien:

Deutschnationale	71 Mandate
Deutsche Volkspartei	65 Mandate
Unabhängige	61 Mandate
Kommunisten	25 Mandate
	222 Mandate

Mutmaßliche Haltung gegenüber der Regierung:

Bayerische Volkspartei	20 Mandate
Bayer. Bauernbund	4 Mandate
Welfen	2 Mandate
	26 Mandate

Allerdings darf man bei dieser schematischen Zusammenstellung nicht übersehen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach zum mindesten nicht die unabhängigen Sozialdemokraten bei den Einzelabstimmungen die Anträge der Rechtsparteien stützen werden. Die Annahme auch nur eines Mißtrauensantrages ist unter diesen Umständen nicht wahrscheinlich. Dagegen ist eine Mehrheit für das Vertrauensvotum der drei Regierungsparteien nicht ohne weiteres vorhanden. Es kann sich da um wenige Stimmen handeln, die den Ausschlag nach der einen oder der anderen Seite geben.

Besuche der Leipziger Messe.

)(**Leipzig.** Außer dem Reichspräsidenten werden auch der sächsische Ministerpräsident Buck und der bayrische Ministerpräsident Freiherr von Lerchenfeld die diesjährige Frühjahrsmesse besuchen.

Ein deutscher Dampfer in Hongkong.

)(**London.** Reuter meldet aus Hongkong: Am 12. dieses Monats ist der deutsche Dampfer „Havelland" als erstes deutsches Schiff seit dem Kriege hier eingetroffen.

Der Bergarbeiterstreik in Südafrika.

)(**London.** Reuter meldet aus Johannesburg: Eine Versammlung von 5000 Bergarbeitern beschloß, den Streik fortzusetzen.

Die Lage in Indien.

)(**London.** Reuter meldet aus Bombay: Der Nationalistenführer hat seine Politik des Widerstandes gegen die Staatsgewalt zur Zeit aufgegeben.

Kämpfe in Täbris.

)(**London.** Reuter meldet aus Teheran vom 12. 2.: Regierungstruppen haben Täbris genommen. Der Demokratenführer Lahuty Khan, der die Stadt vor einigen Tagen den Kosaken entrissen hatte, ist mit einem Teil seiner Anhänger geflohen. Ismail Khan als Kosakenführer ist zum Militärgouverneur von Täbris ernannt worden. Zahlreiche bekannte Demokraten und einige kaukasische Bolschewisten wurden verhaftet. Im Verlaufe der Kämpfe wurden zahlreiche Läden geplündert. Alle Europäer und Amerikaner befinden sich in Sicherheit. In der Stadt herrscht jetzt Ruhe.

Eine Anfrage Amerikas bei Frankreich.

)(**London.** Nach einer Reutermeldung aus Washington verlautet dort in gut unterrichteten Kreisen, daß die amerikanische Regierung von der französischen Regierung eine präzise Erklärung über ihre Haltung zur Konferenz von Genua gefordert habe. Die Reutermeldung läßt durchblicken, daß die Vereinigten Staaten ihre Antwort auf die Einladung zur Konferenz von der französischen Erklärung abhängig machen werden.

Einbruch in ein Pariser Postamt.

)(**Paris.** In das Postamt in der Rue Vauvenargues wurde in der vergangenen Nacht eingebrochen. Den Räubern fielen für 850 000 Franken Titres der Landesverteidigungsanleihe sowie 3000 Franken in bar in die Hände.

Die deutsch-serbischen Handelsbeziehungen.

)(**Belgrad.** Im Geiste des abgeschlossenen Handelsvertrages mit Deutschland beschloß die Regierung, in den Beziehungen mit der deutschen Republik Artikel 18 des Versailler Friedensvertrages betreffend das Pfändungsrecht gegen deutsches Eigentum im Auslande außer Kraft zu setzen. Damit wird das größte Hindernis für die freie Entwicklung der gegenseitigen Handelsbeziehungen beseitigt.

Vermischtes.

Vier Kinder ertrunken. Auf dem zugefrorenen Main brachen bei Höchst vier Kinder an einer dünnen Eisstelle ein und ertranken, ehe die Rettung erschien. Daraufhin haben die Franzosen das Betreten des Mains verboten und von Höchst bis Sindlingen die Ufer abgesperrt. Selbst die Arbeiter der Farbwerke dürfen nicht mehr den Weg über das Eis nehmen.

Ein dänisches Fährschiff im Eise festgekommen. Aus Warnemünde wird gemeldet: Das dänische Fährschiff zwischen Gjedser und Warnemünde, das sich am Sonnabend noch durch das Treibeis hindurcharbeiten konnte, ist Sonntag nachmittag vor Warnemünde im Eise stecken geblieben. Die D-Züge nach Hamburg und Berlin mußten ohne die skandinavischen Reisenden abgelassen werden.

Im Walde erfroren. Ein eigenartiges Unglück hat sich in Havelberg zugetragen. Der Schiffer Ruspold war mit seinen 17, 14 und 12 Jahre alten Söhnen in den Havelberger Wald gegangen, um Holz zu holen. Auf dem Rückwege verirrten sich die vier Holzholer, ohne einen Ausweg aus dem Wald zu finden. Dem jüngsten Knaben gingen schließlich die Kräfte aus. In seiner Not ging der Vater allein in die Stadt, um Hilfe zu holen. Er erreichte den hiesigen Stadtgarten und konnte den ihm öffnenden Personen das Unglück mitteilen. Er selbst konnte nicht mehr auf die Suche mitgehen. Als man die Kinder fand, waren sie bereits tot. Sie waren vor Kälte und Erschöpfung umgekommen.

Die internationale Grippe-Epidemie. Die Grippe herrscht nicht nur bei uns, sondern sie ist auch im Ausland stark verbreitet. Wie wir einer Zusammenstellung der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" entnehmen, hat sie in Stockholm die Hälfte der Bevölkerung ergriffen, und in der schwedischen Armee zählt man 5000 Erkrankungen. In Kopenhagen sind 600 Fälle festgestellt. In Paris werden täglich etwa 90 Grippekranke in die Krankenhäuser eingeliefert. In London ist die Ausbreitung der Krankheit in den südlichen und nordöstlichen Vierteln der Stadt am stärksten. In Edinburgh und Leith sind unter den Schulkindern 22 000 Erkrankungen, d. h. 35 Prozent der Gesamtzahl, gemeldet.

Sport.

Fußball. Riesaer Sportverein 1. Elf gegen V. f. L. Riesa 1. 5:2. 3. Elf gegen Nünchritz 1. 1:8. 4. Mannschaft gegen Nünchritz 2. 3:4. — Riesaer Sportverein, Abteilung für Jugendpflege. Der Jugendmeister erfocht gestern in Röderau gegen die 1. Jugendelf des dortigen Sportvereins einen schönen Sieg 9:0 und lieferte sein taktisch und technisch schönstes Spiel in dieser Spielzeit.

Spielvereinigungs Reserve-Mannschaft schlug gestern die 1. Elf Lichtensee im Verbandsspiel mit 14:0. Die 1. Jugend war infolge Nichtantretens V. f. L. spielfrei und erwarb mühelos 2 weitere Punkte.

Trauerbriefe und -Karten werden in kürzester Zeit geliefert von der Tageblatt-Druckerei Riesa, Goethestr. 59. —

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Heute unwiderruflich letzter Tag: „Das Panzergeschoß V. Teil", sowie „Der Hoteldieb mit der vierten Hand".
Dienstag bis Donnerstag:

Das Panzergeschoss VI. Teil
An der Schwelle des Todes.

Ferner der große Henny Porten-Film
„Die Hintertreppe". Ein Kammerspiel von Carl Mayer.

Vorführungen ab 7 Uhr. — Einlaß 6½ Uhr. Um gütigen Zuspruch bittet die Besitzerin Anna Zach.

Kammerlichtspiele.

Heute unwiderruflich letzter Tag:
„2000 Meilen unter See."
Versäumen Sie nicht die nie wiederkehrende Gelegenheit, die Ihnen bisher noch unbekannten Geheimnisse des Meeres kennen zu lernen. Eilen Sie und sichern Sie sich noch heute abend einen Platz. Verlängerung trotz des großen Erfolges unmöglich. Kassenschluß 9¼ Uhr.

Ab morgen Dienstag großes erstklassiges Großstadtprogramm.

Beachten Sie unsere Anzeige morgen abend.

„Ich litt seit 3 Jahren an gesichtlichem Ausschlag mit furchtbarem
Horst. Jucken
Durch ein halbes Stück Zucker's Patent-Medicinal-Seife habe ich das Übel völlig beseitigt. H. S., Polizei-Serg." Dazu Zucker's Creme (nicht fettend und fettheilig). In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Suche Papiergewebe!!

größere Posten, auch kleine Restbestände. Ferner neue Papiergewebe, Säcke, Bettlaken, Bezüge u. Kopfpolster. Offerten mit Muster erbeten an
Bernhard Schlachcie
Spezialgeschäft
Berlin W. 35
Steglitzerstraße 7.
Nollendorf 3842.

Haben Sie etwas zu verkaufen

dann geben Sie durch eine kleine Anzeige im Riesaer Tageblatt Ihr Angebot bekannt. Es ist dies der kürzeste Weg, um die richtigen Käufer zu finden. — Anzeigenannahme in Riesa Goethestraße 59. — — —

Günstiges Angebot!

Treibriemen

45×5, empfehlen
Franz & Emil Müller
Fahrradhandlung
Merzdorf, Fernspr. Riesa 606
Riesa, K.-W.-Platz. Fspr. 607.

---

1 Paar Schlittschuhe
Gr. 22, zu verkaufen
An der Gasanstalt 9, 3. r.

2 Paar Schlittschuhe
vernickelt, Nr. 25 u. 32, verk.
Schmidt, Goethestr. 25.

Infolge der dauernd gestiegenen Unkosten sehen sich die uns angeschlossenen Betriebe gezwungen, von heute ab für Lohnarbeiten folgende Gebühren zu berechnen:

Mahlen von Getreide für den Zentner	20	M.
Schroten „ „ „ „ „	5	„
Schroten „ Mais „ „ „	7	„
Quetschen von Hafer „ „ „	4	„

Großenhain, 12. Februar 1922.
Müllergenossenschaft Großenhain, e. G. m. b. H.

Eisen, Metalle, Möbel Lumpen, Papier
Felle aller Art, spez. Ziegen- u. Kaninfelle
kauft-höchstzahlend
Rohprodukten-Einkauf
Karl Hofmann, Gröba, Kirchstr. 32 Telef. 462.
An- u. Verkauf von gebraucht. Möbeln u. getrag. Garderobe.

Kaufe gebr. Herren- u. Damenräder
sowie Rahmen. Hauptstr. 73, Winkler.
— Auf Wunsch komme ins Haus. —

Achtung Landwirte!
1. Gröbaer Engros-Pferdeschlächterei und Wurstfabrik
— mit Motorbetrieb, Telefon 685 —
kauft Schlacht- und verunglückte Pferde zu höchsten Tagespreisen, auch nach Gewicht. — Notschlachtungen werden Tag und Nacht ausgeführt. Mit Transport-Automobil schnellstens zur Stelle.

Holzversteigerung auf Marbacher Forstrevier.
Gasthof „zum Sachsenhof", Nossen, Montag, den 20. Februar 1922, vorm. 10 Uhr: 1055 w. Stämme 11/37 cm, 57 w. Klötze 16/34 cm, 535 w. Reisstangen 4 cm, 160 w. dergl. 6 cm, 330 w. dergl. 7 cm vom Schlag Abt. 54, 55. Durchforstung Abt. 88.
Forstrevierverwaltung Marbach und Forstrentamt Augustusburg.

Brikett-Ausgabe
für Riesa-Stadt und -Land
Dienstag, 14. und Mittwoch, 15. 2. 22. Stadt: Alle Rückstände bis Januar müssen abgeholt werden, sowie Februar. Land: Nur alle Rückstände bis Februar.
Ausgabe 8—12 vormittags, 2—6 nachmittags.
C. A. Schulze.

Brikett-Ausgabe
— nur für die Stadt —
am Dienstag und Mittwoch 8—12 und 1—4 Uhr, per Zentner M. 28.— bei
A. G. Hering & Co., Elbstr. 7.

Vereinsnachrichten

Riesaer Sportverein e. V. Dienstag 7.30 Uhr Spielausschuß- und Vorstandssitzung. Freitag Mitgliederversammlung 8 Uhr Schlachthof. Alle anderen Veranstaltungen wie bisher.

Verein Erzgebirger und Vogtländer. Morgen Dienstag abend ½9 Uhr Monatsversammlung im Schlachthof. Zahlreiches Erscheinen erbeten.

Junggesellenverein „Immergrün". Nächsten Mittwoch, 15. 2., außerordentliche Versammlung im Gambrinus. Unentschuldigtes Fehlen wird bestraft.

Sängerkranz. Freitag, 3. März 1922, Wintervergnügen in Gestalt einer „Sängerfahrt zum Heiratsmarkt in Diesbar" in den Sälen des Hotel Stern. Karten für Mitglieder und Gäste bei E. Wittig, Wettinerstraße, Fr. Rothe, Paulitzer Str., M. Hildebrandt, Goethestr., E. Steinbach, Schulstr., A. Otto, Hauptstr., H. Fischische, Großenhainer Str. u. im „Stern". Erstkl. Darbietungen.

Spielvereinigung. Dienstag ½8 Uhr Spielausschuß- und Vorstandssitzung, Dienstag Jugend, Freitag Spielerzusammenkunft, Sonnabend Knabenversammlung 8 Uhr.

Evangelisationsvorträge in Riesa.

Vom **14. bis 20. Februar 1922** hält Herr Superintendent Eiter aus Gördtisch (Brandenburg) abends 8 Uhr **Evangelisationsvorträge** in der Trinitatiskirche über folgende Themen:

Dienstag,	den 14. Febr.:		„Gottsucher."
Mittwoch,	„ 15.	„	„Die wichtigste Lebensfrage."
Donnerstag,	„ 16.	„	„Der kluge Kaufmann."
Freitag,	„ 17.	„	„Kaufet!"
Sonnabend,	„ 18.	„	„Kannst du beten?"
Sonntag,	„ 19.	„	„Unsere einzige Rettung."
Montag,	„ 20.	„	„Das schönste Bild."

Ueberdies hält der Herr Evangelisator an jedem dieser Tage nachm. 5 Uhr
Bibelstunde
im Saale des Jugendheims (Friedr.-Aug.-Str. 9, Hth.) und predigt
Sonntag, 19. Februar, vorm. 9 Uhr in der Trinitatiskirche.
Jedermann ist herzlich willkommen!
— Der Eintritt ist frei. —
Der Kirchenvorstand.
Pf. Friedrich.

Verlobungs- Anzeigen in Brief- und Kartenform, vornehme Ausführungen, auf Wunsch in kürzester Zeit, fertigt die Tageblatt-Druckerei in Riesa, Goethestraße 59. —

Ihre heute vollzogene Trauung geben hierdurch bekannt
Arno und Dora Dege
geb. Hubricht
Gustav und Frieda Dege
geb. Forkel.
Neu-Weida, 13. Februar 1922.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schmerzlichen Verluste unseres lieben Sohnes und Bruders
Fritz
sagen wir allen unseren innigsten Dank.
Riesa, 13. 2. 1922.
Bernhard Richter und Frau Luise und Elfriede Richter.

Heute früh ist mein geliebter Mann, mein teurer Vater, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel
Herr Zollinspektor i. R.
Friedrich Münzel
nach langem Leiden sanft verschieden.
In tiefem Schmerz
Marie Münzel geb. Wahl
Margarete Münzel
im Namen aller Hinterbliebenen.
Dresden, Ostraallee 27 II., 11. Febr. 1922.
Die Einäscherung erfolgt am 15. Febr. nachm. 2 Uhr.

Statt besonderen Dankes!

Beim Hinscheiden sowie bei der Beisetzung unseres teuren Entschlafenen, des

Geh. Reg.-Rats Amtshauptmann Dr. Uhlemann in Grossenhain,

sind uns derart unzählige, wohltuende Beweise der Liebe und Treue, sowie der Verehrung und Anhänglichkeit für den Verstorbenen dargebracht worden, dass wir nur auf diesem Wege unseren aufrichtigsten Dank zum Ausdruck bringen können.

Das tiefe, allgemeine Mitgefühl hat uns tröstend bewiesen, dass das Wirken des Heimgegangenen nicht umsonst gewesen ist.

Grossenhain, den 13. Februar 1922.

Die Hinterbliebenen.

Saubere Maskengarderobe verl. billig Mathildenstr. 1, 1. l.

Brikett-Ausgabe
Riesa-Stadt
Dienstag, d. 14., v. 8—12 vorm.
Str. Mk. 28.10. W. Gumlich.

Ziehung 15.—18. Februar 1922
Geldlotterie
des Sächs. Heilstätten-Vereins f. Lungenkranke
Hauptvertrieb:
Ad. Müller & Co.
Leipzig, Brühl 10/12
Nur 140 000 Lose,
8190 Gewinne und eine Prämie,
zus. **420000 M.**
Höchstgewinn im günstigsten Falle:
150 000 M.
100 000 M.
50 000 M.
25 000 M.
ohne Abzug
Kleinster Gewinn **20** M.
Lose zu 10 M.
(Postgeld u. Liste 3.50 M.) bei d. Stadt. Lotterie-Einnehmern u. den durch Plakate kenntlichen Geschäften.

Kupfer, Messing Zinn, Zink, Blei
kauft zu höchstem Preis
Franz Müller, Hauptstr. 53.

Morgen früh Seefische
frisch eintreffend.
Ernst Schäfer Nachf.

Frisch eingetroffen:
ff. Schellfisch
ff. Kabliau ohne Kopf
ff. grüne Heringe.
Carl Zigner, Gröba,
Otto Zigner, Röderau.

Gasthof Leutewitz.
Dienstag, 14. Febr., ladet zum **Karpfenschmaus** freundlichst ein P. Gräfe.

Wünsch's
Marionetten-Theater
Riesa, Hotel Kronprinz
Dienstag, den 14. Februar.
— Ganz neu! —
Die Kinder des Admirals
oder: Die schwarze Maske.
Romantisches Schauspiel in 5 Akten.
Auf vielseitigen Wunsch noch einmal im Theatrum mundi
Die Annaberger Kät
— Anfang 8 Uhr. —
Bruno Wünsch.

Hausbesitzerverein Weida.
Dienstag, den 14. Februar, abends ½8 Uhr Versammlung im Café Edelweiß. Das Erscheinen aller Mitglieder dringend nötig. Der Vorstd.

Ortsgruppe Riesa.
Dienstag, d. 14. d. M., abd. 8 Uhr
Monats-Versammlung
im Restaurant Dampfbad.
Bericht üb. die Tarifverhandlungen durch Kollegen Sandmann, Dresden. Zahlreiches Erscheinen erwartet
der Vorstand.

Am Sonnabend nachmittag verschied nach kurzem Leiden unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, Frau
Emilie verw. Rudolph.
Dies zeigt schmerzerfüllt an
Familie Hermann Röder,
Glaubitz.
Beerdigung findet Mittwoch nachm. ½1 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Die heutige Nr. umfaßt 8 Seiten.

Dr. Wirth verlangt ein Vertrauensvotum. — Eine neue Regierungskrise.

Deutscher Reichstag.

wtb. Berlin, 11. Februar.

Die Aussprache über die Regierungserklärung betreffend den Verkehrsstreik in Verbindung mit den Anträgen der Unabhängigen und Kommunisten wird fortgesetzt.

Abg. **Dittmann** (Unabh.):

Fortgesetzt laufen neue Meldungen über Massenmaßregelungen ein, diese erfolgen tausendweise. (Hört! Hört! links.) In Berlin sind 2800 Personen gemaßregelt worden, im ganzen 25- bis 30 000. Ueber die vorsätzliche Agitation, die Herr Groener für uns treibt, könnten wir uns eigentlich freuen. Die Trabanten des Ministers, die Eisenbahndirektionen, pfeifen auf die Zusagen des Reichskanzlers. Hier handelt es sich tatsächlich um eine **Revolte der höheren Eisenbahnbeamten**, um eine Militarisierung der Eisenbahn. Der Geist des französischen Revanchegenerals Foch hat Herrn Groener erfaßt, neben dem beschränkten Kommißgeist des Stockpreußentums. Redner bestreitet, daß in den Krankenhäusern während des Streiks eine erhöhte Sterblichkeit eingetreten sei und behauptet, daß die Kinderstationen mit Milch voll beliefert seien. Der Reichstag hat ein Recht, von seinem Mitglied Stinnes Auskunft zu verlangen, ob er in London die Privatisierung der Deutschen Eisenbahnen betrieben hat oder nicht. Ist es nicht Landesverrat, wenn man versucht, deutsches Eigentum an die Entente zu verschachern. Es müßte ein Untersuchungsausschuß gegen Stinnes eingesetzt werden. Die Regierung entwickelt sich zu einem reinen Rechtskabinett. Und mit Genua wird die Verständigung des Kapitalismus hüben und drüben zustande kommen. Das bedeutet eine internationale Koalition zur Ausbeutung und Niederhaltung der arbeitenden Klassen in der ganzen Welt. Darum muß das Proletariat sich vereinen zum Kampf gegen die kapitalistische Staatsgewalt. (Beifall bei den Unabhängigen.)

Von den **Deutschnationalen** ist folgender Antrag eingegangen:

„Da die Reichsregierung durch ihre bisherige schwächliche Haltung und durch ungenügenden Schutz des pflichtgetreuen Personals an dem Ausbruch des Eisenbahnerstreiks selbst mitschuldig ist und angesichts der Tatsache, daß beim Eisenbahner[illegible] ik die Taten des Reichskanzlers nicht mit seinen Worten übereinstimmen, hat der Reichstag nicht die Zuversicht, daß die Staatsautorität in den Händen der von dem Reichskanzler Dr. Wirth geleiteten Reichsregierung genügend gewahrt ist, und versagt infolgedessen der Regierung das Vertrauen, dessen sie nach der Reichsverfassung zur Führung der Geschäfte bedarf."

Von Seiten der **Deutschen Volkspartei** ist folgendes

Mißtrauensvotum

eingegangen:

Der Reichstag mißbilligt

1. daß der Herr Reichskanzler die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. 2. gegen offenbare Verstöße nicht angewendet hat;

2. daß der Herr Reichskanzler in Widerspruch mit den Erklärungen der Reichsregierung mit Führern der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter verhandelt hat, bevor der Streik beendet war;

3. daß der Herr Reichskanzler in Bezug auf die disziplinare Behandlung von Dienstvergehen Zusagen gemacht hat, die namentlich im Zusammenhang mit seiner Zusage in der Reichstagssitzung vom 10. d. M. geeignet sind, die Staatsautorität zu gefährden und die pflichttreuen Beamten zu verwirren. Der Reichstag spricht deshalb dem Herrn Reichskanzler sein Mißtrauen aus.

Abg. **Koch**-Weser (Dem.):

Der Streik war ein glatter Mißerfolg. Die Autorität der Regierung war zeitweise gefährdet. Die Lebensmittelversorgung ist erschwert und verteuert. Das Rechtsgefühl und der Staatsgedanke ist von neuem aufs schwerste erschüttert worden; das war das Ergebnis des Streiks. Die Arbeitsforderungen auf dem Gebiete der Arbeitszeit lehnen wir ab, der Achtstundentag muß möglichst ausgenutzt werden. Lebenslängliche Anstellung und Streikrecht sind miteinander nicht vereinbar. Beim Kapp-Putsch war der Streik keine Revolte, sondern die Abwehr einer Revolte. Es handelt sich jetzt nicht um einen Sieg der Regierung Wirth, sondern der Autorität des Staatsgedankens. Bei den Disziplinarverfahren darf nicht Rachsucht oder übertriebene Milde walten, sondern Gerechtigkeit. Die Beamtenbesoldung mit ihrem Zuschlagsystem ist viel zu schwerfällig; man gebe den Beamten einfach ein ausreichendes Gehalt. (Sehr richtig!) Solange die Gewerkschaften nicht stark genug sind, ist die Technische Nothilfe nicht zu entbehren. Deutschland steht heute vor einer unlöslichen Aufgabe, bis der furchtbare Druck der Entente von ihm genommen ist. Bis dahin aber dürfen wir uns nicht selbst zerfleischen, sondern müssen alle Kräfte anspannen, um zur Gesundung zu kommen (Beifall).

Reichsverkehrsminister **Gröner**

weist die von dem Abg. Dittmann gegen ihn gerichteten Angriffe zurück. Er habe keineswegs die Eisenbahn heruntergewirtschaftet und denke auch nicht daran, sein Amt nach den Anregungen des Abg. Dittmann zu führen. In der Frage der disziplinaren Maßnahmen besteht volle Uebereinstimmung zwischen mir, dem Reichskanzler und dem ganzen Kabinett. Die Richtlinien sind von mir entworfen und nur unwesentlich geändert worden. (Hört! Hört!) Das Disziplinarverfahren ist in 850 Fällen eingeleitet, von denen 120 auf Berlin entfallen. Nicht in den Dienst wieder aufgenommen sind bisher 150 Beamte. (Stürmische Zurufe Links: Das ist ein Skandal!) Kein Minister wird sich das Recht nehmen lassen, in seinem Ressort selbst über die Einleitung von Disziplinarverfahren zu bestimmen. Es ist aber kein Versuch gemacht worden, mir dieses Recht zu nehmen. (Lärm auf der äußersten Linken.)

Reichsfinanzminister **Dr. Hermes**

weist hierauf die Angriffe des Abg. Dittmann gegen die höheren Beamten zurück und nimmt Ministerialdirektor v. Schlieben und Geheimrat Kühnemann in Schutz, denen die Vertreter der beteiligten Organisationen ausdrücklich den Dank für ihre Verhandlungsführung ausgesprochen hätten. (Lärm auf der äußersten Linken. Als der Minister sich bemüht, zahlenmäßig nachzuweisen, daß die Entwicklung der Beamtenbesoldung mit der Teuerung nach Möglichkeit Schritt gehalten habe, kommt es bei der Linken zu erneuten lärmenden Kundgebungen. Abg. Koenen (Komm.) ruft: Es ist eine unerhörte Dreistigkeit, uns eine solche Rechnung vorzulegen. Vizepräsident Dr. Rießer ruft den Abg. Koenen deswegen zur Ordnung.) Der Minister erklärt weiter, daß in manchen Reichsgebieten die Beamten besser bezahlt würden, als die entsprechend beschäftigten Angestellten der Privatindustrie. Wenn die Verwaltung daher mit gleichmäßigen Gehaltserhöhungen nicht vorsichtig sei, würde sie große Industrien empfindlich schädigen. Daher sei es zweckmäßiger, zunächst mit Teuerungszuschlägen weiter vorzugehen. Eine Nachprüfung der Grundgehälter werde aber dennoch mit größter Beschleunigung erfolgen. Im übrigen habe Abg. Dittmann das Durchschnittseinkommen der Lokomotivführer viel zu niedrig angegeben, denn es betrage einschließlich der Nebenbezüge rund 40 000 Mark. Der Minister schließt mit der Versicherung, daß er auf eine Zusammenarbeit mit den Spitzenorganisationen den größten Wert lege.

Abg. **Schirmer** (Bayr. Vp.)

bestreitet, daß den Beamten in der Verfassung ein Streikrecht gewährt sei. Die Linke, die das Berufsbeamtentum immer bekämpfe, habe deshalb ihre Freude an Beamtenstreiks. Die bayerischen Beamten hätten aber nicht mitgemacht infolge der guten Schulung durch den Bayerischen Eisenbahnerverband. Andererseits seien in Baden und Württemberg viele Beamte durch den Terror der Reichsgewerkschaftler gegen ihren Willen zur Arbeitseinstellung gezwungen worden. Die Schupo habe den terroristischen Akten tatenlos zugesehen. (Hört! Hört! rechts.) Diese Terroristen dürften keine Gnade finden. Streiks solcher Art müssen für die Zukunft unmöglich gemacht werden, vor allem durch Ausbau der Technischen Nothilfe.

Abg. **Braß** (Komm. Arbeitsg.)

meint, die Regierung könne mit Scharfmacherwendungen wie „Revolte" sicherlich nicht ihr Verhältnis zu den Beamten verbessern. Auch Minister Hermes habe die Tatsache nicht erschüttern können, daß viele untere und mittlere Beamte nicht einmal das Existenzminimum erreichen. Unter dem wilhelminischen Regiment sei nicht so brutal gegen Streikende vorgegangen worden, wie in der glorreichen Demokraten-Republik. Den Beamten dürfe das Streikrecht nicht genommen werden und Maßregelungen unter keinen Umständen vorkommen.

Abg. **Barth** (Komm.)

erklärt, die Verantwortung für diesen Streik treffe die Regierung und die bürgerlichen Parteien einschl. der Mehrheitssozialisten. Auch die Haltung der Unabhängigen sei recht zweideutig. Die Erfüllungspolitik der Regierung laufe darauf hinaus, aus den Knochen der Arbeiter und Beamten die Reparationslasten herauszupressen. Zu Ebert und dem Reichskanzler habe das Proletariat jedes Vertrauen verloren.

Damit ist die Aussprache geschlossen. In persönlichen Bemerkungen erklärt Abg. **Bender** (Soz.), seine Fraktion werde die unabhängigen und kommunistischen Anträge ablehnen.

Abg. Dr. **Stresemann** (D. Vp.) weist in einer längeren Erklärung die Angriffe der „Frankfurter Zeitung" und des Abg. Dittmann zurück.

Abg. **Dittmann** (Unabh.) hält demgegenüber seine Forderung auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegen den Abg. Stinnes aufrecht, und erklärt, daß infolge der Massenmaßregelungen die Erregung unter den Eisenbahnern so gestiegen sei, daß man mit einem Wiederaufleben des Streiks rechnen müsse.

Reichskanzler Dr. **Wirth** ersucht, weil durch eine Ablehnung der vorliegenden fünf Anträge Klarheit nicht geschaffen werde, einen positiven Vertrauensantrag einzubringen.

Abg. **Marx** (Z.) beantragt mit Rücksicht darauf, daß ein großer Teil seiner politischen Freunde noch nicht eingetroffen sei, die Abstimmung auf Mittwoch zu vertagen.

Inzwischen ist ein vom Zentrum, den Demokraten und den Sozialdemokraten eingebrachtes **Vertrauensvotum** eingegangen.

In der Abstimmung wird der Vorschlag auf **Vertagung aller Abstimmungen** gegen Unabhängige und Kommunisten angenommen und die Abstimmungen auf Mittwoch nachmittag 4 Uhr angesetzt.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr nachmittags (Reichsmietengesetz).

Schluß 6½ Uhr.

Die Berliner Presse zur Regierungskrise.

Zur innerpolitischen Lage drücken die Blätter der beiden Rechtsparteien in ihrer Mehrheit die Hoffnung aus, daß der Reichskanzler am Mittwoch gestürzt werde, wenn auch das „D. Tagebl." und der „Reichsbote" übereinstimmend betonen, daß die Gelegenheit, das Kabinett zu stürzen, am Sonnabend günstig gewesen und verpaßt worden sei. Die Blätter der Regierungsparteien begrüßen es, daß der Reichskanzler den Mut zur Entscheidung gezeigt und ein klares Vertrauensvotum gefordert habe. Die „Deutsche Allg. Ztg." meint, daß es den Anhängern Wirths vielleicht doch noch gelingen werde, die jetzige Krise, die die schwerste für das Kabinett Wirth sei, zu vermeiden. Das „Berliner Tagebl." und die „Berl. Volksztg." betonen die **Notwendigkeit, den Reichstag aufzulösen**, falls er Wirth das für Genua erforderliche Vertrauen nicht ausspreche. Die „Voss. Ztg." glaubt, den Unabhängigen könne nichts daran liegen, die Aktionsfähigkeit eines Kabinetts zu schwächen, dessen Außenpolitik sie billigen, und sie müßten deshalb die Frage der Aufrechterhaltung ihres persönlichen Mißtrauensvotums gegen Wirth noch einmal nachprüfen. Die „Freiheit" hält ein **Kompromiß mit der Volkspartei** bis Mittwoch für wahrscheinlich und ruft: Stinnes steht vor den Toren! Die „Rote Fahne" erblickt den einzigen Ausweg in einer Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Regierung.

•

Die durch die Erklärung des **Reichskanzlers** in der Sonnabendsitzung des **Reichstages** entstandene Lage hat im Laufe des Sonntags keine Aenderung erfahren. Gestern sind nur unverbindliche Besprechungen zwischen einzelnen Parlamentariern geführt worden.

Ueber die Haltung der **Bayrischen Volkspartei**, die bei der Abwägung des Stimmenverhältnisses eine wesentliche Rolle spielt, erfährt der „Berl. Lokalanz.", die Fraktion habe bisher noch keinen Beschluß gefaßt. Sie werde wahrscheinlich die Abstimmung freigeben, da, selbst wenn die Bayrische Volkspartei geschlossen für das Vertrauensvotum stimmen würde, der Reichskanzler nur eine ganz geringe Mehrheit hätte.

Eine internationale Wirtschaftskonferenz.

Wie „Chicago Tribune" aus Washington meldet, hat das Federal Reserve Board vorgeschlagen, eine internationale Wirtschaftskonferenz, auf der Fragen allgemeinen Interesses erörtert werden sollen, einzuberufen. Anlaß zu dem Vorschlage sei der wachsende Ernst der Wirtschaftslage in den europäischen Ländern.

Der Dollar als Erzieher.

„Der Starke ist am mächtigsten allein", aber um sich wie England in der Blütezeit seiner Seeherrschaft eine „glänzende Isolierung" leisten zu können, muß man sich nicht nur stark fühlen, sondern auch stark sein. Das Poincarésche Frankreich glaubt im Bewußtsein seiner militärischen Stärke der Gefahr einer völligen Isolierung trotzen zu können, aber, die Kulturmenschheit strebt in immer rascherem Tempo mit unwiderstehlicher Macht einem Zustande zu, wo die Waffen für absehbare Zeit ruhen müssen, um dem friedlichen Wettbewerb der Völker freien Lauf zu lassen und dann könnte das übermilitarisierte Frankreich bald jenen vorsintflutlichen Riesentieren gleichen, die wegen allzu einseitiger Einstellung ihrer Körperorganisation auf einen brutalen Machtkampf zugunsten weniger bepanzerter, aber beweglicherer Lebewesen aussterben mußten. Poincaré setzt mit dem blinden Eifer des Fanatikers die Don Quixoterie einer überlebten Machtpolitik fort, aber in der öffentlichen Meinung seines Landes, die ihm anfangs begeistert zujubelte, macht die Ernüchterung von Tag zu Tag raschere Fortschritte. Mit seiner Genuanote, die seine Freunde als ein geniales diplomatisches Meisterstück verherrlichten, hat Poincaré sich nunmehr endgültig in die Nesseln gesetzt. Die englische Presse hält erst recht an der rechtzeitigen Eröffnung von Genua fest und findet sich auch mit der Möglichkeit einer Nichtbeteiligung Frankreichs kaltblütig ab. Obendrein soll die englische Regierung, wie das Blatt „Oeuvre" meldet, entschlossen sein, wegen der französischen Regelung der deutschen Zahlungen für das Jahr 1922 Frankreich ihren Unmut dadurch fühlen zu lassen, daß sie nunmehr jede Revision des Finanzabkommens ablehnt, wodurch Frankreich im laufenden Jahre keinerlei Anteil an den Bezahlungen Deutschlands erhalten würde.

Zu dieser indirekten Schädigung Frankreichs durch England kommt die direkte, die sich England als Gläubiger Frankreichs auszuüben gezwungen sieht; denn die englischen Gläubigerinteressen stehen in unbedingter Abhängigkeit von den amerikanischen und die amerikanische Finanzwelt ist nun einmal unerbittlich entschlossen, durch eine rücksichtslose Dollardiplomatie erzieherisch auf die europäischen Ententestaaten einzuwirken. In der französischen Presse kommen die ersten Wirkungen der amerikanischen Dollarpädagogik deutlich zum Ausdruck. Der Abgeordnete Blum sieht im „Populaire" klar voraus, daß England, um die Rechnung Amerikas zu begleichen, sich gegen Frankreich wenden werde, und Frankreich, meint er, werde bezahlen müssen, wenn England darauf bestehe. Das bedeute eine Mehrbelastung von etwa zwei Milliarden jährlich zu dem bisherigen Fehlbetrag. Da sehe man, was die Politik der völligen Isolierung und des militärischen Gepränges, der Bruch mit der öffentlichen Meinung der Welt, mit der gesamten Moral der Welt koste. Und ebenso bitter ätzert Clemenceau im „Echo National", Frankreich habe den Ruf eines militaristischen Landes erhalten, es habe die ganze Presse der Vereinigten Staaten gegen sich und seine besten Freunde in Amerika erklärten, daß es sich wie ein Kind benommen habe.

Der Dollar als Erzieher hat seine Schuldigkeit beinahe schon getan. Der amerikanische Dollar ist eine reelere Größe als die deutsche Reparationsschuld, die ihre natürlichen Grenzen an der geringen Leistungsfähigkeit des deutschen Wirtschaftsorganismus hat. Das gesamte Wirtschaftsleben Europas nähert sich immer rascher einem Zustande, wo die Art und Weise, wie Amerika gegenüber den Ententestaaten seine Gläubigerinteressen wahrnimmt, über Gedeih und Verderb entscheidet.

England gegen eine Verschiebung der Konferenz von Genua.

Nach einer Havas-Meldung aus London war Sonnabend noch nicht vorauszusehen, wann die **englische Regierung das französische Memorandum** über die **Konferenz von Genua** beantworten und von welcher Tragweite ihre Antwort sein werde. Man erhalte indessen den Eindruck, daß die Antwort erst nach verhältnismäßig langer Zeit erfolgen werde und daß Lloyd George und die Kabinettsmehrheit, die für die Konferenz von Genua seien, **grundsätzlich sie nicht aufschieben wollten.** In der Umgebung Lloyd Georges werde dem Vernehmen nach vor allem der Standpunkt vertreten, daß bei dem Bemühen, das Gleichgewicht der allgemeinen Wirtschaftslage wiederherzustellen, keine Zeit zu verlieren sei und daß infolgedessen der für die Eröffnung der Konferenz vorgesehene Zeitpunkt festgehalten werden müsse, wenn nicht Italien selbst einen Aufschub verlange. Die Resolution von Cannes, so erkläre man, gebe die für die Arbeit der internationalen Wirtschaftskonferenz genügenden Sicherheiten. Infolgedessen werde es nicht für angebracht gehalten, neue Beschränkungen und neue Resolutionen dem hinzuzufügen, was vom letzten Obersten Rat festgesetzt worden ist. Ferner wäre es nicht sicher, daß die französische Note Punkt für Punkt beantwortet würde. Soviel könne vorläufig über die Eindrücke nach der ersten Prüfung des französischen Memorandums durch Lloyd George, Lord Curzon, Sir Robert Horne und Chamberlain gesagt werden.

Eine Sachverständigen-Konferenz.

Wie Havas meldet, ist das Londoner „Foreign Office" gegenwärtig für eine vorbereitende Zusammenkunft englischer, französischer und italienischer Sachverständiger, die die technischen Fragen, die für die Konferenz von Genua vorliegen, einer Prüfung unterziehen sollen. Die französischen Kreise stehen einer derartigen technischen Vorberatung günstig gegenüber. Diese würde wahrscheinlich in Paris abgehalten werden, doch wünschen die französischen Kreise, daß sowohl alle Alliierten als auch die Kleine Entente daran teilnehmen.

Der Londoner Berichterstatter des „Journal" sagt, die **Sachverständigenkonferenz** sei das einzige Zugeständnis, das Frankreich gemacht werden würde. Auf eine Vertagung der Konferenz von Genua um drei Monate würde man sich nicht einlassen. Es werde angenommen, daß ein Hinausschieben des Beginns der Konferenz um 14 Tage für die Vorbereitungen genüge.

Präsident Harding über die Washingtoner Verträge.

Aus **Washington** wird gemeldet: Präsident Harding unterbreitete Freitag dem Senat die auf der Abrüstungskonferenz abgeschlossenen Verträge und ersuchte darum, sie als Garantie des Friedens zu ratifizieren. Der Präsident erklärte, die Verträge würden dazu dienen, den Widersprüchen ein Ende zu machen, Zweideutigkeiten auszuschalten und klares Einvernehmen zu schaffen. Sie verpflichten aber weder die Vereinigten Staaten noch irgend eine Macht zu irgend einer Art von Bündnis. Bezug-

kommend um den vom Senat nicht ratifizierten Versailler Vertrag erklärte Harding, der Vertrag sei verworfen worden, weil die Welt dringend bessere Beziehungen gewünscht habe. Die Verträge, die er entsprechend demselben Wunsche unterbreite, enthielten jedoch keine Bestimmung, außer solchen zur Förderung des Friedens. Die Sorge des Senats, daß Amerika von Verwickelungen frei bleiben solle, sei niemals von den amerikanischen Delegierten vergessen worden. Wenn die amerikanische Regierung nicht der Ansicht wäre, daß die Verträge größere Sicherheit vor Konflikten brächten, so würde er sie nicht dem Senat unterbreiten.

Die Warnung eines Engländers.

Aus London wird gemeldet: In der „Fortnightly Review" unterzieht der bekannte englische Publizist Dr. Dillon in einem Artikel: „Europa und der Bolschewismus" die Politik der alliierten Regierungen insbesondere in der Frage des Wiederaufbaus einer scharfen Kritik. Dillon schreibt: Die Führer der interalliierten Koalition seit dem Kriege haben den einen Grundsatz, den sie alle von Anfang an bis zu Ende verkündeten, nämlich den der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Staaten, systematisch jedesmal verletzt, wenn dies in ihrem Interesse lag. Nachdem sie Krieg gegen die Bolschewisten in Rußland geführt haben, sprechen sie heute von einer Intervention in Rußland mit Abscheu, weil eine solche ihren Grundsätzen widerspreche. Bei Deutschland und Ungarn setzen sie sich jedoch über diese Grundsätze hinweg. Eine Rheinrepublik und andere Miniaturstaaten würden, ohne daß man sich ein Gewissen daraus macht, aus dem Deutschen Reiche herausgerissen werden nicht nur ohne Widerstand von Seiten der Entente, sondern sogar mit ihrer hilfreichen Mitwirkung. Gewalt ist Trumpf und Moralität nur ein Vorwand. Die politischen Kräfte, die heute in der Welt an der Arbeit sind, wurzeln in territorialen, militärischen und dringenden Wirtschaftsinteressen, denen alle höheren Erwägungen rücksichtslos geopfert werden. Die verantwortlichen Staatsmänner schwelgten in Betrachtungen über militärischen Ruhm und territoriale sowie kommerzielle Ausdehnung, sehen jetzt jedoch ein, daß es leichter ist, in Rußland einzudringen, als es zu zwingen. Das englische Volk sieht, daß es nicht gedeihen, ja nicht einmal lange bestehen kann unter den augenblicklichen Verhältnissen in der Welt, an deren Schaffung seine eigenen Staatsmänner einen wesentlichen Anteil haben. Diese sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß Deutschland, das sie bisher methodisch zermalmten, schnell wieder in die Höhe gebracht, in seiner Stellung als solventer Kunde Groß-Britanniens wiederhergestellt und in den Stand gesetzt werden muß, zur Aufrechterhaltung des britischen Handels und der britischen Industrie beizutragen. Selbst der Sklave muß gefüttert und arbeitsfähig erhalten werden. Deutschlands Aktionsfeld ist jedoch durch den Versailler Vertrag auf einen Umfang herabgesetzt worden, der Deutschland für die ihm zugedachte Rolle so gut wie unfähig macht. Eingesperrt in ein Gebiet, das für Deutschlands wachsende Bevölkerung zu klein ist, seiner Kolonien, eines großen Teils seiner Kohlen und anderer Hilfsquellen beraubt, nähert sich Deutschland rasch dem Zusammenbruch. Unter den augenblicklichen politischen Bedingungen ist Rußland das einzige Feld für deutsche Unternehmungen.

Der fein erdachte Plan, von dem angenommen wurde, daß er allen interessierten Parteien zusagen würde, ist daher der: Die Bolschewisten werden formell anerkannt. Die Deutschen erhalten Ellenbogenfreiheit für wirtschaftliche Entwicklung und die Befähigung für die „höheren Rassen", die in die Lage gesetzt werden, das „Geschäft wie gewöhnlich" weiterzuführen und Reichtum zu erzeugen. Lloyd Georges letzter Plan für den Wiederaufbau Europas wird bezeichnet als ein Plan der Ausbeutung des am Boden liegenden Rußlands durch Deutschland in der Absicht, Deutschland für die Ausbeutung durch die Entente reif zu machen. Dillon schreibt weiter: Gegen die Deutschen, als die künftigen Neugestalter Rußlands bestehen in Rußland nicht die geringsten Einwände und brauchen auch nirgends zu bestehen. Die Deutschen kennen das russische Volk, die Sprache und die Gebräuche Rußlands besser als jede andere europäische Nation. Die Deutschen sind die leistungsfähigsten Organisatoren in Europa und für die schwierige Aufgabe wunderbar geeignet. Man muß jedoch von einem ganz anderen Ausgangspunkt an die Aufgabe herantreten und sie unter günstigeren Bedingungen beginnen. Dillon berichtet aus eigener Anschauung über die „unleugbare Tatsache", daß in Deutschland heute die Lage weit beunruhigender sei, als von den Nachbarn Deutschlands angenommen werde. Wenn die bisher von der Entente befolgte Politik fortgesetzt, wenn auf dem Pfund Fleisch bestanden werde, dann werde eine nicht wieder gutzumachende Katastrophe herbeigeführt. Durch das diplomatische Werkzeug, den Versailler Vertrag, hätten die Alliierten Deutschland seine Existenzmittel und seine politische Souveränität geraubt. Dr. Wirths Aufgabe sei, den Versailler Vertrag durch seine Ausführung ad absurdum zu führen.

Frankreich gegen den Wiederaufbau Rußlands durch Deutschland.

Das Pariser „Journal des Debats" erklärt, französischerseits könne man die Hoffnung der Engländer nicht teilen, durch Uebertragung des russischen Wiederaufbaues an Deutschland ihre alte Kundschaft wieder kaufkräftig zu machen. Die Mittel, die Deutschland für diesen Wiederaufbau verwende, würden den Reparationszahlungen entzogen werden, die es den Alliierten schulde, und es wäre ein schlechter Scherz, von Frankreich zu verlangen, daß es warte, bis Deutschland in Rußland reich genug geworden wäre, um einen Teil seines Gewinnes abzugeben. Weiterhin orakelt das Blatt, an dem Tage, wo Deutschland auf seine Art Rußland wieder aufgebaut hätte, würde es sich stark genug fühlen, der Aufforderung der Entente entschieden Widerstand zu leisten. Der Wiederaufbau Rußlands durch Deutschland führe unvermeidlich zum Krieg.

Der tschechoslowakische Ministerpräsident in Paris.

Aus Paris wird gemeldet: Der tschechoslowakische Ministerpräsident Benesch ist gestern vormittag in Paris eingetroffen. Er erklärte einem Vertreter des „Intransigeant", er wolle die alliierten Regierungen vor der Konferenz von Genua über die Lage in Mitteleuropa aufklären. Er werde bis Ende dieser Woche in Paris bleiben und dann nach London reisen. Die Staaten der Kleinen Entente hätten schon vor einigen Tagen beschlossen, unter sich eine Vorkonferenz abzuhalten, bevor sie nach Genua gingen. In der Frage der Vertagung der Konferenz werde man, so erklärte Benesch, sich der Ansicht Frankreichs und Englands anschließen.

In Dänemark 100 000 Arbeiter ausgesperrt.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Die Verhandlungen zwischen den dänischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben zu keinem Ergebnis geführt. Nachdem die Organisation der Arbeiter den Vermittlungsvorschlag der Schiedsinstitution abgelehnt hatte, erklärte Sonnabend nachmittag der Arbeitgeberverein die Aussperrung der beteiligten Arbeiter, deren Tarifverträge abgelaufen sind. Ihre Zahl beträgt etwa 100 000 Mann.

Wie aus Kopenhagen weiter gemeldet wird, sind von der angekündigten Aussperrung der Arbeiter, die am 14. Februar abends eintreten soll, ausgenommen die Wasserwerks-, Elektrizitäts- und Gasarbeiter, ferner der Holzindustrieverband, der Schneiderverband, der Gürtler- und Formerverband und die Heizer, welche den Vermittlungsvorschlag angenommen haben. Trotzdem die Aussperrung auch die Kopenhagener Buchdrucker betrifft, sind die Zeitungen davon ausgenommen. Die Aussperrung umfaßt 170 000 Mann, wovon 90 000 bereits arbeitslos sind.

Der demokratische Abgeordnete Conrad Haußmann †.

Der Reichstagsabgeordnete Conrad Haußmann ist in der Nacht zum Sonntag in Stuttgart nach etwa 14 tägigem Krankenlager an den Folgen der Grippe gestorben.

Die Untersuchung der Vorfälle in Oberschlesien.

Staatssekretär Dr. Peters hat sich gestern aus Oberschlesien nach Berlin zurückbegeben, um der Reichsregierung Bericht zu erstatten. Die eingehenden Ermittlungen haben keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Vorfälle in Oberschlesien ihren Ursprung außerhalb des besetzten Gebietes haben und Zeichen einer allgemeinen militärischen Bewegung sind, wie dies von französischer Seite angenommen worden ist. Die Vorfälle sind von keiner Stelle außerhalb des besetzten Gebiets geplant oder ins Werk gesetzt worden.

Der Yap-Vertrag unterzeichnet.

Aus Washington wird gemeldet: Hughes und der Baron Shidehara haben den Yap-Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Japan unterzeichnet.

Die Krönung Pius XI.

Sonntag vormittag fand in St. Peter in Rom die feierliche Zeremonie der Krönung Pius XI. statt, der außer seiner Familie und kirchlichen Würdenträgern das beim päpstlichen Stuhl beglaubigte diplomatische Korps und nahezu 50 000 andere Personen beiwohnten.

Nach der Krönung erteilte der Papst vom äußeren Altan der Basilika der auf dem Platz vor der Kirche harrenden Volksmenge den Segen. Das Volk jubelte ihm zu, während die auf dem Platz aufgestellten Truppen präsentierten.

Verloren
eine schwarze Lederhandtasche mit Hausschlüssel und Oberschlesier-Liederbuch. Geg. Belohnung im Riesaer Tageblatt abzugeben.

Möbl. Zimmer
v. anst. jung. Mann per sofort gesucht. Angeb. unt. N U 8395 an das Tageblatt Riesa.

Lehrerin sucht für sofort
möbl. gut heizb. Zimmer
in Neugröba od. Neuweida. Betten, Wäsche, Feuerung werden mitgebracht. Off. unt. N W 8397a an das Tabl. Riesa.

Wir suchen für sofort einige möbl. Zimmer
möglichst in der Nähe unseres Werkes.
Aktiengesellschaft Lauchhammer
Abteilung Stahl- und Walzwerk Riesa.

Wer nimmt hübschen 3 jähr. Jungen als eigen an oder in Pflege? Offerten unter N V 8396 an das Tabl. Riesa.

Pflegestelle
f. ein 3 Mon. alt. Mädchen ge., od. als eigen z. vergeben. Off. bis 16. 2. unt. N T 8394 an das Tageblatt Riesa.

Strebsamer Fleischermeister
33 Jahre, ev., z. Z. in Holland, möchte sich in nächster Zeit in Deutschland selbständ. machen und wünscht mit einer Dame im Alter v. 24—30 Jahren od. auch jung. Witwe schriftliche Verständigung z. Zwecke späterer Verheiratung.
Offerten mit Bild unter N Y 8399a an das Tabl. Riesa.

Ehrliches, fleiß. Mädchen od.
Aufwartung
für Küche u. Haus z. 15. Febr. od. 1. März zu mieten gesucht. Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Aufwartung vom 20. 2. ab
4 mal wöchentlich für einige Vormittagsstunden gesucht. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Junges Mädchen
als Aufwartung für d. ganzen Tag zum 1. Mrz gesucht.
M. W. Hofmann, Ecke Bautzner- u. Wettinerstr.

Gesucht wird für 15. März od. 1. April ein anst. ehrliches
Mädchen
von 17 Jahren für Land- u. Gastwirtschaft. Frau Fischer, Gasthof Roda, Post Weißig bei Großenhain.

Jüngeres kräftiges
Arbeitsmädchen
sucht Richard Liebscher, Weinaroßbdl., Riesa, Elbstr. 2.

Junges Mädchen aus guter Familie, in Stenographie und Schreibmaschine firm, sucht Stellung als lernende
Kontoristin
per sof. od. spät. Gefl. Off. unt. O B 8402 an das Tabl. Riesa.

Tägl. bis **10 Mk.** zu verdienen. Näh. l. Prosp. (mit Garantieschein). Jos. O. Schulz, Adr.-Verl., Köln 92.

Wer verleiht Klavier
auf kurze Zeit? Off. m. Pr. u. N X 8398 an das Tabl. Riesa.

Kaufe Grundstück
mit gr. Fabrikräumlichkeiten. Werte Angeb. unt. O C 8403 an das Tabl. Riesa erbeten.

Größere Kinderbettstelle
mit Matratze zu verkaufen
Felgenhauerstr. 11, 2. r.

Nähmaschine
für Schuhmacher z. verk. Tr.-Pl. Zeithain, Stabsmannsch.-baracke 2, nb. Kantine Steinert.

Dunkelblaues Tuch-Jackett für Dame, Größe 44, wenig getr., zu verkaufen bei Frau Gebauer, Albertstraße 7, 1.

Ein fast neuer und ein gebr.
Schmiedeblasebalg
zu verkaufen. Alfred Seiler, Lommatzsch. Telefon 72.

Reifen, Achsen, Räder, Federn
zu verkaufen oder gegen Alteisen zu tauschen, 2 Zentner gutes und 3 Zentner altes, auf Federn 6 Zentner altes
Kurt Gebler, Zeithain, Füllerei.

Gröba.
Bestellungen auf das täglich erscheinende „Riesaer Tageblatt" nimmt jederzeit entgegen Frau Amalie verw. Riedel, Gröba, Alleestraße 2.

Harte Köpfe.

Roman von Maria Gerbrandt. 54

Agnes durfte sich auf keinen liebenswürdigen Empfang gefaßt machen. Die Frau wußte, wie sehr Baumanns Familie gegen seine Besuche der Schänke war, und hatte schon oft spitzfindige Andeutungen darüber fallen lassen, ob denn etwa ihr Haus nicht anständig genug sei. Verkehre doch sogar der älteste, junge Herr vom Gut darin und halte es durchaus nicht unter seiner Würde, ab und zu sein Gläschen Wacholder hier zu nehmen. Aber Agnes gegenüber hielt es Frau Wolla heute für angebracht, ihren Groll unter der Maske süßer Freundschaft zu verbergen.

„Mein Gott, Fräuleinchen!" rief sie ihr entgegen, „in dem Schmutz bemühen Sie sich her? Sie kommen doch nicht wegen des Herrn Vater? Ach, den lassen Sie doch man hier! Dann ist doch wenigstens einer, der mit der Bande vernünftig redet. Sie wollen ja partout die fremden Menschen totschlagen, die der gnädige Herr kommen läßt. Wissen Sie das auch schon? Einen Rübenwagen schickt er nach ihnen zum Bahnhof. Na, aber was können die dafür, daß der Herr nicht warten will."

Agnes war ins Haus getreten; die ängstlichen Blicke, die die Frau immer nach der Tür des Wohnzimmers warf, ließen sie hoffen, daß der Gesuchte sich hier befinden müsse. „Sie erlauben?" sprach sie freundlich und drückte auf die Klinke.

Ihr fiel ein Stein vom Herzen. Hier saß ihr Vater ruhig mit dem Verwalter Thiele auf der hölzernen „Schlafbank", die am Tage als Sitz diente, eine Flasche Branntwein vor und ein noch gefülltes Glas neben sich. Nur die Tür nach der Schänkstube stand offen, und von hier aus schienen die beiden den Verlauf des wüsten Treibens drüben zu beobachten.

Baumann kehrte ihr den Rücken zu, aber Thiele bemerkte sie auf der Stelle und erhob sich, unbeholfen vor Ueberraschung und Freude.

„Sie bekommen Besuch," stieß er gegen seinen Gefährten hervor.

Dieser wandte sich um, sah Agnes und stand langsam und stirnrunzelnd auf. „Was willst Du?" fragte er rauh, aber beherrscht.

„Mit Dir allein möchte ich sprechen, Vater," entgegnete sie hochklopfenden Herzens. Sie blickte flehend auf Thiele. Durch dessen untersetzte Gestalt ging eine Bewegung. Er war offenbar ganz zu ihren Diensten und wußte nur nicht, was er in diesem Falle zu tun hatte.

„Wollen Sie es mir erlauben, Herr Thiele?" sprach sie liebenswürdiger, als sie beabsichtigt hatte; die Erregung nahm ihr die Gewalt über ihre Stimme.

„Gewiß, Fräulein, sehr gern," antwortete er hastig, und gegen die Wirtin gewandt, die natürlich bereits dastand, sagte er schadenfroh und weit weniger beklommen: „Na, kommen Sie, Frau Wolla, werden mal die Tür von der anderen Seite zumachen."

Sie zögerte, aber er rief: „Mit, mit!" ergriff sie beim Arm und versuchte noch im Hinausgehen, seiner Angebeteten einen zärtlichen Blick zuzuwerfen.

Agnes empfand mit Unwillen, daß sie sich ihm gegenüber zu viel vergeben hatte. Aber es war jetzt nicht Zeit, daran zu denken. „Also, was willst Du?" wiederholte der Vater, in der Stille, die seit dem Schließen der Gaststubentür entstanden war.

Sie schlug voll und offen die Augen zu ihm auf. „Du weißt es ja, Vater," entgegnete sie sanft. „Ich will Dich bitten, nach Hause zu kommen, Dich nicht mit jenen Leuten abzugeben, die heute noch womöglich ein Unglück anrichten werden."

„Was nennst Du ein Unglück?" fragte Baumann heiser.

„Wenn sie zum Beispiel wirklich jene unschuldigen Arbeiter überfielen —"

„Das wird nicht geschehen!"

„Wirst Du es hindern können, lieber, lieber Vater?" Die ganze Innigkeit ihres Gefühls, das viel mehr für den teuren Vater fürchtete, als ihm gönnte, lag in ihrem Ton, in dem Blick ihrer schönen, blauen Augen.

„Deswegen bin ich hier," erwiderte Baumann, mild auf sie niederschauend; seine geballte Hand stützte sich auf die Tischplatte.

„Und das andere?" flüsterte Agnes tonlos.

„Welches andere?" Er wandte den Blick ab.

„Man erzählt, ein Haufe will auf das Gut und Herrn von Lessenheim zwingen, ihnen den Willen zu tun."

„Zwingen?" Baumann lachte seltsam auf. „Kann man solchen großen Herrn zwingen? Demütig bitten, daß er ihnen ihr Recht zu teil werden läßt — das ist doch alles, was sich solch armseliges Volk erlauben darf."

„Wird es dabei bleiben?" fragte Agnes leise und traurig.

„Ich denke, Du hast nun bald genug gefragt. — Was daraus wird, kann natürlich kein Mensch entscheiden." Er hob die Rechte, die leicht bebte, und ließ sie wieder sinken. „Das ist Gottes Wille," sprach er feierlich — nicht salbungsvoll. Sie begriff plötzlich, wie er es meinte.

„Das heißt," rief sie verstört, „sobald die Kugel aus dem Lauf ist — Vater! — Vater, das kannst Du sagen?"

Sie wollte sich an ihn drängen, er trat zurück. „Das ist kein Vergleich," sprach er rauh. „Die Kugel aus dem Lauf — Ich habe zu dreien oder vieren der Verständigsten unter jenen da gestern gesagt: So wie Euer Herr, schindet kein Mensch seine Untergebenen. So darf kein Mensch sie schinden. Ich habe ferner gesagt (seine bebende Stimme erhob sich tönend und voll): Der da drüben im Herrenhaus hat so viel auf seinem Gewissen, der muß Euch den Willen tun, sonst ist es mit seiner Herrlichkeit vorbei. Geht hin und sagt ihm das, und laßt Euch nicht noch das Fleisch von den Knochen streifen, nun er Euch schon die Haut abgezogen hat. — Das habe ich ihnen deutlich gemacht. Ich sehe darin kein Unrecht."

„Nun sie aber betrunken sind."

„Wer hat sie betrunken gemacht? Ich nicht, ich bin seit des Morgens hier, damit ich es verhindere. Das ist Schicksalslauf. Uebrigens sind noch genug Nüchterne dabei."

„Aber wenn er den Revolver nimmt und ein paar Unschuldige über den Haufen schießt?" murmelte Agnes dumpf.

„Der?" Baumann lachte, daß es sie kalt durchrieselte. „Für solch' Tatel nimmt er höchstens die Reitpeitsche. Und wenn auch," die hohe Gestalt zitterte, „da ist zum Beispiel ein gewisser Paul Krüger unter der Gesellschaft, der versteht ihm solch 'nen Revolver aus der Hand zu schlagen, darauf kannst Du Dich verlassen."

851.20